René Pahud de Mortanges Erwin Tanner (Hrsg./éd.)

# Muslime und schweizerische Rechtsordnung

# Les musulmans et l'ordre juridique suisse

Universitätsverlag Freiburg Schweiz Editions Universitaires Fribourg Suisse Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Muslime und schweizerische Rechtsordnung = Les musulmans et l'ordre juridique suisse / René Pahud de Mortanges; Erwin Tanner (Hrsg.). – Freiburg, Schweiz: Univ.-Verl., 2002 (Freiburger Veröffentlichungen zum Religionsrecht; 13) ISBN 3-7278-1389-X

Herausgegeben mit Hilfe des Hochschulrates Freiburg Schweiz Publié avec l'aide du Conseil de l'Université de Fribourg Suisse

Die Druckvorlagen der Textseiten wurden von den Herausgebern als reprofertige Vorlage zur Verfügung gestellt

> Les originaux de ce livre prêts à la reproduction ont été fournis par les éditeurs

© 2002 by Universitätsverlag Freiburg Schweiz Editions Universitaires Fribourg Suisse

Herstellung: Paulusdruckerei Freiburg Schweiz Fabrication: Imprimerie Saint-Paul Fribourg Suisse

ISBN 3-7278-1389-X ISSN 1322-6626 (Reihe «Freiburger Veröffentlichungen zum Religionsrecht»)

# Bestattung nach islamischem Ritus und staatliches Begräbniswesen\*

Erwin Tanner

#### 1 Einleitung: Der Tod als letzter persönlicher Termin?

Der Eintritt keines anderen menschlichen Lebensereignisses ist so sicher wie jener des Todes im Sinne des unwiederbringlichen Verlustes der organismischen Vitalität; unsicher ist allein dessen Zeitpunkt (mors est semper dies certus an, sed incertus quando). Nach rein medizinisch-klinischen Kriterien, die von der schweizerischen Ärzteschaft im Rahmen von Standesrichtlinien entwickelt und schliesslich katalogisiert worden sind, gilt der Mensch als tot mit Zustandsbeginn entweder eines irreversiblen, die Blutzufuhr zum Hirn beendigenden Herzstillstandes (Herztod) oder eines kompletten und irreversiblen Funktionsausfalls des Hirns inklusive des Hirnstammes (Hirntod). Ob mit diesem physischen Ableben auch dessen Persönlichkeit in der Bedeutung von individueller, unteilbarer und unvermittelbarer qualitativer Wesenheit<sup>2</sup> erlischt, ist freilich eine andere Frage, deren Antwort in der Substanz auf ideologisch-

Ich danke Frau lic. iur. Rachele Tiziani für ihre materiell und formell kritische Durchsicht des Textes und Herrn Prof. Dr. phil. Martin Forstner für die Kontrolle der bei der Transliteration verwendeten diakritischen Zeichen.

Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) (Hrsg.), Richtlinien zur Definition und Feststellung des Todes im Hinblick auf Organtransplantationen, in: SÄZ 77 (1996), S. 1773 ff., hier S. 1774. – Diese auf naturwissenschaftlichen Erkenntnissen basierenden Anweisungen mit ethischen Implikationen (ebd., S. 1773 f.) wurden vom Senat der SAMW am 13. Juni 1996 genehmigt und ersetzen diejenigen vom 25. Januar 1969 und vom 6. Mai 1983 (ebd., S. 1778).

Diese Begriffsbestimmung resultiert aus einer kombinativen Lektüre von BOETIUS, Sp. 1343: "(p)ersona est naturae rationalis individua substantia", und KANT, S. 59 f., 68: "Nun sage ich: der Mensch (...), existiert als Zweck an sich selbst, nicht bloss als Mittel zum beliebigen Gebrauche für diesen oder jenen Willen, sondern muss in allen seinen (...) Handlungen jederzeit zugleich als Zweck betrachtet werden. (...) (D)as (...), was die Bedingung ausmacht, unter der allein etwas Zweck an sich selbst sein kann, hat nicht bloss einen relativen Wert, d. i. einen Preis, sondern einen inneren Wert, d. i. Würde." (Sperrungen bereits im zitierten Text!)

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Vgl. BGE 118 IV 319 ff., 323 (E. 2); 123 I 112 ff., 118 (E. 4b); s. auch BGE 98 Ia 508 ff., 512 ff. (E. 3 und 4).

religiöser beziehungsweise philosophisch-theologischer Systemebene liegt und in der Effizienz auf juristischer Systemebene.

Nach dem Koran (arabisch: qur'an)4 erleidet ein jeder Mensch den für ihn von Gott zum Voraus terminierten Tod (so zum Beispiel 3,185; 21,35; 29,57 in Verbindung mit 16,70; 22,5 [bedingt auch mit 36,68; 40,67]), durch den hindurch er sich jenseits von Raum und Zeit zufolge seinem prä- und postmortalen Glaubensstand entweder auf die bleibende Gemeinschaft mit Gott (Paradies) oder auf die unwandelbare Ferne von Gott (Hölle) zubewegt (so zum Beispiel 3,185.192.198; 29,57.68). Folglich hat gemäss der islamischen Grundschrift dessen Persönlichkeit über das physische Hinscheiden hinaus Bestand; ja sie findet erst nach dem Tod ihre vollständige Entfaltung. Auch nach der Bibel<sup>5</sup> führt das unvermeidliche körperliche Ableben nicht zu einer qualitativen Nichtigkeit des Menschen, sondern zu einer so gearteten, auf den Schöpfungsgrundsätzen der Selbstbestimmung und Selbstentfaltung beruhenden evolutionären Wandlung desselben mit höllischer oder himmlischer Finalität. (Vergleiche in einer intertextuellen Lektüre Röm. 5,12 ff.; 6,1 ff.; 1 Kor. 15,1 ff.; 2 Kor. 5,1 ff.; Offb. 20,11 ff.; 21,1 ff.). So kommt das Gebilde eines postmortalen Persönlichkeitsschutzes nicht von ungefähr in eine Rechtsordnung wie die schweizerische,6 die trotz ihrer etappenweisen Säkularisierung ideell letztlich in der jüdisch-christlichen Kultur (ver)wurzelt (bleibt?) beziehungsweise in einer abrahamitischen Glaubenstraditionslinie steht.

In Art. 10 Abs. 2 der am 1. Januar 2000 in Kraft getretenen Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV [SR 101]) ist als fundamentaler Aspekt eines verfassungsrechtlichen Persönlichkeitsschutzes und als eine Seite der ebenda in Art. 7 verankerten Menschenwürde der Anspruch auf persönliche Freiheit<sup>7</sup> – im Anschluss

Im Folgenden werden die Textstellen in der deutschen Übersetzung von Paret/Rudi, Der Koran, 8. und veränderte Aufl. (Taschenbuchausgabe), Stuttgart/Berlin/Köln 2001, und nach der kufischen Verszählung der offiziellen ägyptischen Koranausgabe zitiert. Die erste Ziffer steht für das entsprechende Kapitel (arabisch: sûra) und die zweite für den einschlägigen Vers (arabisch: âya).

Die Textstellen werden mit Schrift-, Kapitel- und Versangabe gekennzeichnet. Einen Überblick dazu bietet KNELLWOLF.

Die Meinung des Bundesgerichts (BGer.) hinsichtlich des Verhältnisses der persönlichen Freiheit in der vorpositiven Fassung beziehungsweise des geltenden verfassungsrechtlichen Persönlichkeitsschutzes zur Menschenwürde ist jedoch vage. Einerseits vertritt es ein integratives Verständnis, weil es die Menschenwürde als "Teil der persönlichen Freiheit" (Hervorhebung vom Autor E. T.) sieht (ausdrücklich BGE 127 I 6 ff., 13 [E. 5b]; s. BGE 124 I 40 ff., 42 [E. 3a]; 124 I 336 ff., 338 [E. 4a] mit zahlreichen Verweisentscheidstellen; 126 I 112 ff., 114 [E. 3a]). Andererseits begreift es die Menschenwürde als von der persönlichen Freiheit der gerade genannten Fasson

an das bis dahin geltende, seit 1963 höchstrichterlich detailliert entwickelte,<sup>8</sup> gleichlautende ungeschriebene Freiheitsrecht – ausdrücklich grundrechtlich festgeschrieben, der seine Wirkung über den Tod hinaus zeitigt<sup>9</sup>. Auch das Schweizerische Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (ZGB [SR 210]) schützt vermittelt über Art. 28 ff. systemkonform mit Art. 31 Abs. 1 zum einen durch den Nachhaltigkeitsschutz der prämortalen Persönlichkeit und zum andern durch den Andenkensschutz der erbrechtlich und beziehungsmässig nächsten Hinterbliebenen die postmortale Persönlichkeit des Toten/der Toten.<sup>10</sup> Ebenso garantiert das Schweizerische Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (StGB [SR

distinkt, aber nicht separat (kombinatives Verständnis): "Sie [die Menschenwürde] weist einen besonders engen Zusammenhang mit dem zentralen verfassungsrechtlichen Persönlichkeitsschutz auf." (So BGE 127 I 6 ff., 14 f. [E. 5b], hier E. 5b i. f.). Schliesslich betrachtet es die Menschenwürde sogar als Quelle der persönlichen Freiheit in der positiven Fassung (partizipatives Verständnis): "La liberté personnelle, garantie par l'art. 10 Cst., est l'un des aspects de la dignité humaine (art. 7 Cst. [...])" (BGE 127 I 115 ff., 119 [E. 4a i. i.] [mit Verweis auf Entscheidstellen, die sich allerdings auf das integrative Verständnis beziehen, also gerade nicht das partizipative Verständnis stützen]). – Richtig ist wohl die kombinativ-partizipative Ansicht des seiner Botschaft über eine neue Bundesverfassung vom in 20. November 1996 (BBI 149 [1997] I 1 ff., 140 f.), wonach der Menschenwürde im grundrechtlichen Rahmen die wesentliche Priorität, die funktionale Subsidiarität und die interpretative Direktive zukommt; zumal die Würde in der Bedeutung von dem Menschen innewohnendem Wert und Rang in gesellschaftlich und staatlich rezipierter Manier sach- und rechtslogisch gerade Plattform, Weiche und Schranke für die abstrakte Einräumung und konkrete Ausübung der persönlichen Freiheit darstellt. Ob Art. 7 BV auch ein selbstständig justiziables Grundrecht ist, ist allerdings eine andere Frage, die in diesem Zusammenhang offen bleiben kann. (Dazu s. hinten FN. 35) -S. dazu in der Lehre statt vieler MÜLLER, Grundrechte, S. 1 ff.; RHINOW, S. 31 ff.; HÄFELIN/HALLER, Bundesverfassung, S. 53 (N. 174), 71 (N. 222), 79 (N. 253, 255), 101 (N. 325), 105 f. (N. 336 ff., v. a. 338); MASTRONARDI, S. 233 ff. (§ 14, N. 1 ff.); Schweizer, Persönlichkeitsschutz, S. 695 f. (§ 43, N. 7 f.).

S. dazu die diesbezüglichen bundesgerichtlichen Leitentscheide BGE 89 I 92 ff., 97 f. (E. 3); 90 I 29 ff., 34 ff. (E. 3); 97 I 45 ff., 49 f. (E. 3); 101 Ia 336 ff., 346 f. (E. 7).

So BGE 97 I 221 ff., 228 f. (E. 4b); 98 Ia 508 ff., 521 f. (E. 8b); 111 Ia 231 ff., 233 (E. 3b); 123 I 112 ff., 118 f. (E. 4b); 127 I 115 ff., 119 (E. 4a); vgl. dazu auch – nur vgl.(!), weil nachstehend zitierte höchstrichterliche Entscheide postmortale Persönlichkeitsschutzinhalte und -gehalte bloss ansatzweise aus Art. 4 aBV derivieren und nicht originieren – BGE 45 I 119 ff., 132 f. (E. 6) und 52 I 353 ff., 364 (E. 3). – S. rechtsvergleichend zum postmortalen Persönlichkeitsschutz durch das deutsche Bundesverfassungsgericht PABST.

Genaueres in BGE 101 II 177 ff., 190 ff. (E. 5); 111 Ia 231 ff., 233 f. (E. 3b); 123 I 112 ff., 119 (E. 4c); 127 I 115 ff., 122 f. (E. 6a); Entscheid des Bundesgerichts vom 2. April 2002 in Sachen A. X. und B. X. gegen Bezirksanwaltschaft Zürich (1P.73/2002), E. 2.2; ausführlich in der Lehre Knellwolf, S. 60 ff.; Deschenaux/Steinauer, S. 148 (N. 475 f.), 162 (N. 522), 167 f. (N. 536, 536a ff.), 172 f. (N. 548, 548a), 174 f. (N. 552, 552a, 553); Ott/Grieder, S. 627 ff.; vgl. dazu auch Schmid, Personenrecht, S. 161 ff. (N. 723 ff.).

311]) den postmortal prolongierten prämortalen beziehungsweise eigentlich postmortalen Persönlichkeitsschutz indirekt einerseits auf dem Weg der Strafantragsrechtssukzession (Art. 28 Abs. 4)<sup>11</sup> und anderseits vermittelst des Totenpietätsgefühlsschutzes (wie zum Beispiel im Falle von Art. 262 Ziff. 1)<sup>12</sup>.<sup>13</sup>

Infolgedessen kann und darf eine menschliche Leiche nicht wie eine Sache im Sinne der Sachenrechtsordnung entsorgt werden, sondern sie soll und muss gemäss der Bestattungsrechtsordnung beigesetzt beziehungsweise grundgesetzmässig schicklich beerdigt werden (explizit Art. 53 Abs. 2 Satz 2 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874 [aBV]; implizit Art. 7 BV<sup>14</sup>) (dazu Abschnitt 2). Inwiefern dabei religiöse Vorstellungen des verstorbenen Menschen oder dessen Glaubensgemeinschaft (dazu Abschnitt 3) beziehungsweise der Gesellschaft oder des Staates faktisch bedeutsam, juristisch beachtlich und verträglich sind (dazu Abschnitt 4), ist im Falle des Todes eines Muslimen/einer Muslimin kritisch aufzuzeigen (dazu im Fazit Abschnitt 5).

In Bezug auf Ersteres s. in der Rechtsprechung BGE 83 IV 183 f.; 95 IV 161 f. und auf Letzteres BGE 118 IV 319 ff., 322 ff. (E. 2 und 3 – hier anerkennt das BGer. im Anschluss an SCHUBARTH, S. 30 f. [N. 61 ff.], und im Hinblick auf die Bestimmungsschwierigkeiten betreffend dem Erlöschen sämtlicher Lebensspuren im Körper ausdrücklich den [grundsätzlich bis zur Bestattung] befristeten Bestand einer verfassungskonformen nachtodlichen Tabuzone ["zone tabou"] für höchstpersönliche Rechte des Toten/der Toten [S. 323 (E. 2)]); s. dazu auch die konzise Ausführung bei TRECHSEL, S. 119 (N. 4).

Vgl. dazu BGE 73 IV 189 ff., 191 (E. 2); 109 IV 129 f., 130 (E. 2); 112 IV 34 ff., 36 (E. 2); REHBERG, S. 191 f.; TRECHSEL, S. 873 (N. 1); STRATENWERTH, S. 187 ff. (§ 39, N. 45 ff.). — Der genaue Gegenstand des Totenpietätsgefühlsschutzes lässt sich allerdings weder aus dem Gesetz noch aus der Rechtsprechung noch aus der Lehre eindeutig eruieren. Sowohl die Ehre des Verstorbenen/der Verstorbenen als auch die Achtung gegenüber demselben/derselben wie auch die Gefühle der Hinterbliebenen werden in Betracht gezogen. (Ebd.) Rechtssystemdäquat (vor allem im Hinblick auf die Rechtsfähigkeitsdauer und den Artikelkontext) ist wohl die Kombination von Ehrfurcht und Gefühl der für den angemessenen Umgang mit dem Toten/der Toten besorgten Menschen gegenüber diesem/dieser.

Vgl. nur KNELLWOLF, S. 69 ff.

So lapidar die Botschaft des Bundesrates über eine neue Bundesverfassung vom 20. November 1996, in: BBI 149 (1997) I 1 ff., 141: "Die Menschenwürde schliesst auch das Recht auf ein schickliches Begräbnis ein, das heute [d. h. in der aBV] von Artikel 53 Absatz 2 BV garantiert wird. Es ist deshalb nicht nötig, dieses "kleine Sozialrecht" hier [in der neuen BV] zu wiederholen."

## Nach dem Tod die sachgemässe Entsorgung oder die persönlichkeitsangemessene Bestattung?

Der Leichnam ist nach der hier vertretenen Auffassung zwar ein nach natürlichen oder wirtschaftlich-rechtlichen Kriterien räumlich abgegrenzter, körperlich greifbarer und unter tatsächlichen Aspekten beherrschbarer, aber nicht unpersönlicher und unter rechtlichen Gesichtspunkten beherrschbarer Gegenstand; also mangels Aufweisen aller eben genannten vier Merkmale des Sachenbegriffs<sup>15</sup> gerade nicht Objekt der Sachenrechtsordnung. Zutreffend ist die Ansicht des Bundesgerichts<sup>16</sup>, wonach der Leichnam "weder Gegenstand von Eigentum, [!] noch ein herrenloses Gut" ist, 17 sondern noch für bestimmte Zeit einen unter Rechtsschutz gestellten Persönlichkeitsbestandteil darstellt. Dementsprechend fallen die sterblichen Überreste nicht in den Anwendungsbereich des Abfallrechts,<sup>18</sup> vielmehr sind sie von einer Gesamtheit persönlichkeitsbestimmter Rechtsregeln zu erfassen - dem sogenannten Bestattungsrecht. Bundesstaatlich normhierarchische Grundlage ist hier in institutionell-struktureller Hinsicht Art. 3 in Verbindung mit Art. 42 f. und 50 Abs. 1 BV<sup>19</sup> und in personeller Beziehung Art. 7 BV.

Dabei ist die bundesstaatliche Struktur nach Art. 44–49, 50 Abs. 2 und 3, 51–53 BV explizit funktional-kooperativ auszugestalten.

Eingehend dazu Haab/Simonius/Scherrer/Zobl, S. 9 ff. (N. 19 ff.); Meier-Hayoz, S. 68 ff. (N. 115 ff.); Steinauer, S. 27 f. (N. 58 ff.); v. a. Rey, S. 23 ff. (N. 66 ff.); Kälin, O., S. 41 ff.

BGE 118 IV 319 ff., 323 (E. 2) im Anschluss an Überlegungen zum verfassungsrechtlichen Persönlichkeitsschutz in BGE 97 Ia 228 f. und an die allgemeine Vorstellung, dass "un cadavre (...) ni un objet de propriété, ni un bien sans maître" ist: "(I)l faut admettre que, jusqu'à ses funérailles *en principe*, le défunt est titulaire de droits de la personnalité protégeant sa dépouille et ce qui l'entoure (...)" (Hervorhebung vom Autor E. T.); im Text zit. nach Pra 84 (1995), 690. – Dass das BGer. in dem von ihm beurteilten Straffall den Persönlichkeitsschutz grundsätzlich nur bis zur Beerdigung zulässt, ist wohl nur unter gedanklichem Einschluss von Art. 262 Ziff. 1 StGB verständlich und sinnvoll.

So auch in der Doktrin REY, S. 32 f. (N. 112) mit Verweis auf gl. und a. M. im Schrifttum; a. M. z. B. STEINAUER, S. 28 f., hier 28 i. f. (N. 68, hier 68 i. i.); vgl. zur Kontroverse hinsichtlich der Sach- oder Persönlichkeitsqualität der sterblichen Überreste statt vieler HAAB/SIMONIUS/SCHERRER/ZOBL, S. 11 f. (N. 22); MEIER-HAYOZ, S. 73 f. (N. 134 ff.); KÄLIN, O., S. 64 ff., 128 ff.

Abfälle sind nämlich "bewegliche Sachen, deren sich der Inhaber entledigt [subjektiver Abfallbegriff] oder deren Entsorgung im öffentlichen Interesse geboten ist [objektiver Abfallbegriff]" (Art. 7 Abs. 6 des Bundesgesetzes über den Umweltschutz vom 7. Oktober 1983 [Umweltschutzgesetz (USG) (SR 814.01)]; Hervorhebung vom Autor E. T.). – Zu dieser Definition vgl. auch BGE 123 II 359 ff., 362 ff. (E. 3 und 4).

Bundesverfassungsgemäss regeln die Kantone im Verhältnis zum kompetenzkompetenten Bund mangels ausdrücklicher grundgesetzlicher Zuständigkeitsregel zulasten des Bundes und infolge der bislang nicht erfolgten und im Anschluss an die altverfassungsrechtliche Interpretationspraxis in puncto föderalistischer Kompetenzausscheidung<sup>20</sup> mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in absehbarer Zeit nicht zu erwartenden Anwendung der in Art. 42 Abs. 2 verankerten Generalklausel zugunsten einer einheitlichen Bundesnormierung<sup>21</sup> im Rahmen des eidgenössischen Rechts residual und originär kompetent das Begräbniswesen, wobei sie den Gemeinden diesbezüglich interaktiv residuale Kompetenz einräumen (können).<sup>22</sup> Zentral ist dabei die Regelung des Umgangs mit der sterblichen Hülle (in Rechtsetzung, Rechtsanwendung und Rechtsprechung) in letzter Übereinstimmung mit den in Art. 5 BV formulierten Grundsätzen rechtsstaatlichen Handelns und der in Art. 7 BV fixierten Menschenwürde als den fundamentalen formellen und materiellen Elementen der Rechtsstaatsidee. Zufolge des bundesverfassungsreformatorischen Nachführungsgedankens<sup>23</sup> wird der Inhalt des Art. 53 Abs. 2 aBV<sup>24</sup> sachkonform in die entsprechenden grundgesetzlichen

Dazu abrissmässig Häfelin/Haller, Grundriss, S. 93 ff. (N. 262 ff.), besonders S. 97 ff. (N. 275 ff.).

In der Lehre ist die inhaltliche und gehaltliche Qualifikation von Art. 42 Abs. 2 BV allerdings strittig: Die eine Seite sieht hier eine dem Bund für konkrete Fälle des Bedarfs an gesamtschweizerischen Normlösungen abstrakt Generalkompetenz einräumende Subsidiaritätsklausel im Rahmen einer grundgesetzlich nicht abschliessend geregelten bundesstaatlichen Kompetenzverteilung (so Fleiner, S. 2; gl. M. auch der Autor E. T.); die andere Seite erkennt in diesem Absatz eine dem Bund abstrakt Reservationsobligation auferlegende Subsidiaritätsklausel im Zusammenhang mit der konkreten Ausübung der gemäss Abs. 1 desselben Artikels verfassungsrechtlich garantierten Spezialkompetenzen im Rahmen einer grundgesetzlich exhaustiv geregelten, freilich auslegungsoffenen bundesstaatlichen Kompetenzausscheidung (so Rhinow, S. 75 ff.; Zimmerli, S. 45; Häfelin/Haller, Bundesverfassung, S. 299 f. [N. 1049 ff.], 301 f. [N. 1057 ff.]).

Zum besseren Verständnis dieses Gedankenganges sei auf die statarische Lektüre folgender Artikel verwiesen: Häfelin/Haller, Bundesverfassung, S. 299 ff. (N. 1049 ff.); Fleiner/Misic, S. 429 ff. (§ 27, N. 1 ff.), hier S. 435 ff. (N. 20 ff.); Knapp, S. 457 ff. (§ 29, N. 1 ff.).

Näheres dazu in der Botschaft des Bundesrates über die neue Bundesverfassung vom 20. November 1996, in: BBl 149 (1997) I 1 ff., 28 ff., 34 f., 36 f., 43 ff., 71 ff., 82 ff., 92 f., 115 ff.; vgl. dazu die kritischen Ausführungen bei TSCHANNEN, Auslegung, S. 223 ff.

AS 1875 I (neue Folge) 18. – Zur französischen Textversion s. RO 1876 I (nouvelle série) 2: "Le droit de disposer des lieux de sépulture appartient à l'autorité civile. Elle doit pourvoir à ce que toute personne décédée puisse être enterrée décemment."; zur italienischen Textversion s. RO [!; "officiale" statt "ufficiale"] 1875 I (nuova serie) 18: "Il diritto di disporre dei luoghi di sepoltura spetta alle autorità civili. Queste provvederanno a che ogni defunto possa essere convenientemente inumato."

Rechtsbereiche aufgeteilt: Satz 1 ("Die Verfügung über die Begräbnisplätze steht den bürgerlichen Behörden zu.") ist in systemlogischer Konsequenz zu den vorigen Ausführungen nur noch implizit dem Kompetenzausscheidungsbereich und Satz 2 ("Sie haben dafür zu sorgen, dass jeder Verstorbene schicklich beerdigt werden kann.") gemäss äusserst knapper Aussage in der bundesrätlichen Botschaft über eine neue Bundesverfassung vom 20. November 1996<sup>25</sup> lediglich einzelnormsubsumtiv dem Individualrechtsbereich respektive ungeschrieben dem im Grundrechtskatalog an erster Stelle eingereihten Menschenwürde-Artikel zugeordnet worden.

Das bürgerbehördliche Umgehen – genauer gesagt der Umgang des Staates unter vertikaler und horizontaler Gewaltenteilungsperspektive – mit dem Leichnam hat also schicklich beziehungsweise menschenwürdig zu erfolgen. Solange sterbliche Überreste vorhanden sind, besteht für den Staat das Pflichtrecht zu einem ihnen angemessenen Verhalten, das von der Idee der Totenachtung motiviert und finalisiert ist, wie die konstante Staats- und Verwaltungsrechtspraxis der im Beschwerdeverfahren wegen Verletzung von Art. 53 Abs. 2 aBV schweizerisch letztinstanzlich ordentlich oder ausserordentlich kompetenzattraktiv zuständigen<sup>26</sup> Behörde – Bundesrat beziehungsweise Bundesgericht – zeigt<sup>27</sup> und wie es nach der gleichnamigen Praxis des mit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über prozessuale Anpassungen an die neue Bundesverfassung vom 8. Oktober 1999<sup>28</sup> seit dem

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> S. FN. 14; ebenso kurz auch BGE 125 I 300 ff., 306 (E. 2a); vgl. auch BGE 123 I 112 ff., 118 (E. 4b).

Gestützt auf Art. 47 Abs. 1 lit. a i. V. m. aArt. 73 Abs. 1 lit. a Ziff. 4 des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren vom 20. Dezember 1968 (VwVG [SR 172.021]) in der praxisgemäss interpretierten Version war bis zu des Letzteren am 1. März 2000 rechtskräftig gewordenen Revision durch Ziff. I 1 des Bundesgesetzes über prozessuale Anpassungen an die neue Bundesverfassung vom 8. Oktober 1999 (AS 2000 416 ff.; s. dazu auch die bundesrätliche Botschaft über die Inkraftsetzung der neuen Bundesverfassung und die notwendige Anpassung der Gesetzgebung vom 11. August 1999, in: BBI 151 [1999] VII 7922 ff., 7935 ff., 7939) in Verwaltungsrechtsstreitigkeiten betreffend Art. 53 Abs. 2 aBV insgesamt unter Anwendungsvorbehalt des Grundsatzes der Kompetenzattraktion beim BGer. (hierzu GYGI, S. 95 f.; Kälin, Verfahren, S. 284, 312 - jeweils mit Hinweisen auf die Praxis; konkretes Beispiel: BGE 125 I 300 ff., 303 f.) im Falle eines kantonalen Erlasses oder einer Verfügung i. S. v. Art. 5 VwVG bei Erfüllung der Voraussetzung nach aArt. 72 lit. d und Art. 74 VwVG (v. a. lit. a i. V. m. aArt. 102 lit. c des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege [Bundesrechtspflegegesetz (OG; SR 173.110)]) der Bundesrat zuständig (s. BGE 97 I 221 ff., 225 [E. 1a]; VPB 1972 H. 36 [Nr. 2] 7 ff., 10) und subsidiär gemäss Art. 84 Abs. 2 OG das BGer. (Vgl. dazu KÖLZ/HÄNER, S. 264 ff. [N. 753 ff.].)

VEB 1955 H. 25 (Nr. 15) 43 ff., 43; VPB 1972 H. 36 (Nr. 2) 7 ff., 13 (Ziff. 3 lit. c); BGE 125 I 300 ff., 305 (E. 2a).

AS 2000 416 ff.

1. März 2000 letztinstanzlich aus Gründen der einheitlichen Rechtsprechung ausschliesslich für die Behandlung von Beschwerden betreffend Nichtbeachtung des in Art. 7 BV integrierten Schicklichkeitsgebots von Art. 53 Abs 2 aBV zuständigen Bundesgerichts weiterhin zu erwarten ist. Was der sepulkralen Schicklichkeit materiell und formell letztlich entspricht, lässt sich weder anhand des Verfassungstextes – weil indeterminiert – noch durch eine generell-abstrakte Auslegung – weil situationsinadäquat – ermitteln, weshalb nach der Lehre²9 und in der Praxis³0 die Behörden diesen als intra legem lückenhaft zu qualifizierenden Verfassungssatz unter Beachtung von Sitte und Brauch, das heisst unter Berücksichtigung der Normativität des Faktischen, mit ihrem diesbezüglichen Konkretisierungsspielraum zu interpretieren haben;³¹¹ folglich sind objektive Kriterien massgebend für die Schicklichkeitscharakteristik.

Sektoral menschliches Verhalten erfassende soziale Regeln mit gebietsmässig lockerer Bindung, mehr oder weniger gemeinschaftlicher Beschränkung und zeitlich formloser Wandelbarkeit (Sitte)<sup>32</sup> oder davon lokal beschränkte Traditionen (Ortsgebräuche)<sup>33</sup> bestimmen den Umgang mit dem Leichnam. Die Gesinnung der durch das Ableben juristisch oder faktisch unmittelbar Betroffenen ist somit im Bereich des öffentlichen Rechts für das Benehmen gegenüber dem Leichnam peripher; entscheidend ist die herrschende Haltung der Gemeinschaft vor Ort gegenüber Toten allgemein. Mithin hat der Staat nach Art. 53 Abs. 2 Satz 2 aBV beziehungsweise nach Art. 7 BV nur und gerade für ein sitten- beziehungsweise brauchkonform standardisiertes Bestattungsmodell zu sorgen, nach dem alle Verstorbenen in Übereinstimmung mit der Entstehungs-, Einführungs- und Anwendungsgeschichte der eben genannten Verfassungsartikel<sup>34</sup> und entsprechend dem für sie gemäss der Regie-

Vgl. Maechler, S. 44, 65, 68 f.; Spöndlin, S. 26 f.; Burckhardt, S. 492; Remund, S. 45 f.; Dicke, S. 4 (N. 10); Häfelin/Haller, Grundriss, S. 419 (N. 1235); Häfelin/Haller, Bundesverfassung, S. 126 (N. 426).

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> Vgl. VPB 1972 H. 36 (Nr. 2) 7 ff., 13 (Ziff. 3 lit. c); BGE 125 I 300 ff., 305 (E. 2a).

Zum Begriff und zur Handhabung der Lücke intra legem s. statt vieler die konzisen und präzisen Ausführungen bei SEILER, S. 225 ff. – Da Verfassungsbestimmungen von ihrem normhierarchischen Wesen her in der Regel materiell Grundlegendes regeln (sollen), ist deren Intensität entsprechend eng respektive ihre Extensität weit, sodass sie stets auf einen situationsangepassten Sinn hin konkretisierbar sind. (Ähnlich TSCHANNEN, Verfassungsauslegung, S. 151 f. [§ 9 N.3].)

Zu diesem Begriff s. nur FORSTMOSER/SCHLUEP, S. 183 ff. (§ 8 N. 1 ff.).

Zu diesem Begriff s. nur FORSTMOSER/SCHLUEP, S. 194 (§ 8 N. 77 ff.).

Mit Aufnahme des Art. 53 Abs. 2 in die Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874 (aBV) wird das normhierarchische Fundament für ein schweizweit säkularisiertes Bestattungswesen geschaffen. (Zur Entstehungsgeschichte vgl. MAECHLER, S. 7 ff., 24 ff., 36 ff.; Spöndlin, S. 2 ff.; Remund, S. 25 ff.) Das Beerdigungswesen wird unter Vorbehalt von Art. 49 und 50 aBV entkirchlicht

rungs- und Rechtsprechungspraxis zu Lebzeiten aus den selben Verfassungsbestimmungen resultierenden, der staatlichen Sepulkralsorgepflicht korrespondierenden Recht auf schickliche Bestattung<sup>35</sup> unbeachtlich ihrer

bzw. mit dem Ziel verstaatlicht, religiös motivierter örtlicher, zeitlicher und sachlicher Marginalisierung kirchlicher Nonkonformisten in und nach deren Tod und damit einhergehender gesellschaftlicher Stigmatisierung der davon Betroffenen Einhalt zu gebieten. (S. die Botschaft des Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung, betreffend die Revision der Bundesverfassung. [Vom 4. Juli 1873.], in: BBI 25 [1873] II 963 ff., 966: "Die Führung der Civilstandsregister wird [...] weltlich sein müssen. Die Unabhängigkeit des bürgerlichen und des religiösen Gebiets läßt es nicht zu, daß den Priestern einer Religion, mit Ausschluß derjenigen einer andern, das Recht ertheilt werde, die hauptsächlichen Akte des bürgerlichen Lebens: Geburt, Verehelichung und Ableben, zu konstatieren. Nach unserer Absicht soll nicht nur der eigentliche Civilstand ganz unter die Kontrole und Ueberwachung des Staates gestellt werden, sondern überhaupt Alles, was damit direkte oder indirekte zusammenhangt. Demnach müssen die Beerdigungen, die Friedhöfe, ihre Polizei und diejenige über die Ceremonien der verschiedenen Kulte, welche auf denselben inner den Schranken der öffentlichen Ordnung und der Sittlichkeit stattfinden können, vollständig und unbedingt weltlich sein." [Hervorhebungen vom Autor E. T.]; VPB 1972 H. 36 (Nr. 2) 7 ff., 13 (Ziff. 3 lit. c): "Die Verfassungsvorschrift bezweckt [...] vor allem, den Verstorbenen in den Augen der Hinterbliebenen und der weiteren Öffentlichkeit keine Zurücksetzung erfahren zu lassen." [Hervorhebung vom Autor E. T.]; BGE 125 I 300 ff., 305: "Schicklichkeit bedeutet Gleichbehandlung [...] im Sinne der Nichtdiskriminierung, was sich aus der Natur von Art. 53 Abs. 2 BV als Laisierungsvorschrift ergibt." [Hervorhebung vom Autor E. T.; das BGer. vergreift sich allerdings in der Bezeichnung der Norm als "Laisierungsvorschrift", denn inhaltlich und gehaltlich geht es um Säkularisierung, d. h. um Loslösung des Bestattungswesens aus der kirchlichen Bindung, und nicht um die Rückführung von Klerikern in den Laienstand!]; s. z. B. auch VEB 1928 H. 2 [Nr. 7] 11 f.; VEB 1930 H. 4 [Nr. 15] 26 ff.) Art. 7 BV führt den Gedanken der Abstraktion von einem Lebenskonzept spezifischer transzendenter Provenienz mit dessen gemeinschaftlichem Exklusivitätseffekt durch die rein immanent gegründete Aufforderung zur Negation der Negation der dem Gattungswesen Mensch inhärenten Qualität zum Wohl des Menschen als Einzelwesen weiter. (Vgl. die bundesrätliche Botschaft über eine neue Bundesverfassung vom 20. November 1996, in: BBI 149 [1997] I 1 ff., 139 zum Menschenwürde-Artikel und die diesbezüglichen Voten im Nationalrat, in: Amtl. Bull. NR 108 [1998] I 650 ff. und im Ständerat, in: Amtl. Bull. StR I [1998] I 30 ff.)

Nach BGE 97 I 221 ff., 229 (E. 4b) beziehungsweise BGE 125 I 300 ff., 304 f. (E. 2a) besteht unter Hinweis auf konstante Rechtsdoktrin gestützt auf Art. 53 Abs. 2 Satz 2 aBV "ein vom Verfassungsgeber anerkanntes subjektives öffentliches Recht" respektive "über den Tod hinaus wirkendes verfassungsmässiges Recht jedes Einzelnen auf ein schickliches Begräbnis". Laut BGE 125 I 300 ff., 306 (E. 2a i. f.) existiert dieses Recht in Anlehnung an die bundesrätliche Botschaft über die neue Bundesverfassung vom 20. November 1996, in: BBI 149 (1997) I 1 ff., 141 und an BGE 123 I 112 ff., 118 f. (E. 4b) in Art. 7 BV fort. Auch zufolge der bundesrätlichen Botschaft über die Inkraftsetzung der neuen Bundesverfassung und die notwendige Anpassung der Gesetzgebung vom 11. August 1999, in: BBI 151 (1999) VII 7922 ff., 7937 ist das Recht auf schickliche Beerdigung nach Art. 53 Abs. 2 Satz 2 aBV "Teilgehalt des [in Art. 7

inneren und äusseren Lebensverhältnisse ausnamhmslos beerdigt werden müssen. Dieses verfassungsmässige Individualrecht auf schickliche Bestattung ist demzufolge als inhaltlich sitten- beziehungsweise brauchsabhängiger Minimalanspruch gegenüber dem Staat ausgestaltet.<sup>36</sup>

#### 3 Schickliche Bestattung für Muslime akzeptabel?

Ob dieser minimale Service au public in einem nichtislamischen Gebiet (arabisch: dâr al-ḥarb)<sup>37</sup> auch der tatsächlichen Umsetzung islamrechtli-

BV verankerten] Anspruchs auf Achtung der Menschenwürde" zu verstehen. - In dem Masse, wie diese Materialien und Rechtsprechung Art. 53 Abs. 2 Satz 2 aBV in Art. 7 BV integriert sehen, kann und darf entsprechend dem bundesverfassungsreformatorischen Nachführungsgedanken (s. dazu die Verweisstellen in FN. 23) der Menschenwürde gesagt werden, dass diese ein selbstständig justiziables Grundrecht ist. Ob ihr darüber hinaus diese Qualität zukommt, kann in diesem Zusammenhang offen bleiben. In Anbetracht des bundesrätlichen Entwurfs vom 28. Februar 2001 zum Bundesgesetz über das Bundesgericht (Bundesgerichtsgesetz [BGG]) (in: BBI 153 [2001] V 4480 ff.), welches das Bundesrechtspflegegesetz (OG) aufheben (Art. 117 Abs. 1 E-BGG) und im Sinne einer Totalrevision ersetzen soll (Botschaft des Bundesrates zur Totalrevision der Bundesrechtspflege vom 28. Februar 2001, in: BBI 153 [2001] V 4202 ff., 4223 i. f. und 4224 i. i.), wird das Problem eines in Art. 7 BV verankerten kompletten oder zumindest partiellen selbstständigen und justiziablen Grundrechts praktisch im Einheitsbeschwerdeverfahren in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten vor BGer. sowohl in formeller als auch materieller Hinsicht bedeutungslos; denn gemäss Art. 83 Abs. 1 lit. c E-BGG genügt zur aktiven Beschwerdelegitimation unter anderem das tatsächliche Entscheid-/Erlassaufhebungs- oder -änderungsinteresse und nach Art. 90 Abs. 1 lit. a E-BGG als Beschwerdegrund auch die Rüge der Verletzung allein objektiven Verfassungsrechts (vgl. Botschaft des Bundesrates zur Totalrevision der Bundesrechtspflege vom 28. Februar 2001, in: BBI 153 [2001] V 4202 ff., 4329, 4335).

So auch KARLEN, S. 381 i. i.

Nach klassischer Islamgelehrtenmeinung (arabisch für Gelehrte: 'ulamâ') lässt sich die Welt in zwei Territorien einteilen: einerseits in das Gebiet des Islams (arabisch: dâr al-islâm), des einen Gottes (arabisch: dâr at-tauḥîd) oder der Gerechtigkeit (arabisch: dâr al 'adl) und andererseits in das Gebiet des Krieges (arabisch: dâr al-harb) oder der vielen Götter (arabisch: dâr aš-širk) oder des Unglaubens (arabisch: dâr al-kufr). Im Gefolge der wachsenden Migration aus islamisierten Ländern in Staaten mit christlichem Kulturhintergrund und der daraus resultierenden Koexistenz des Islams mit anderen Religionen, der aus der zunehmend globalen wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Interdependenz und der damit einhergehenden Konfrontation des islamischen Wertsystems mit anderen Wertsystemen auf gleichem Territorium lässt sich diese Zweiteilung in islamisch beherrschte und restliche Welt, die sich wägend an den vier Kriterien: gesellschaftliche Verwurzelung des Islams, islamische Eigentumsquote an Grund und Boden, Geltung des islamischen Rechts, staatliche Einstellung gegenüber dem Islam orientiert, nicht länger aufrechterhalten; selbst wenn die nichtislamische Welt offener Gebiet des Vertrages (arabisch: dâr al-'ahd) oder des Friedens-

cher Vorstellungen über das Begräbniswesen zugänglich ist, ist – wie der vom Bundesgericht in Lausanne am 7. Mai 1999 abschlägig entschiedene staatsrechtliche und mit Individualbeschwerde im Sinne von Art. 34 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK [SR 0.101]) an den (ständigen) Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg (EGMR) weitergezogene und dort am 4. Juni 2002 mit Unzulässigkeitserklärung im Sinne von Art. 35 EMRK endgültig zurückgewiesene völkerrechtliche Fall "Abd-Allah Lucien Meyers" (BGE 125 I 300 ff.; EGMR-Beschwerdezahl 54089/00)<sup>38</sup> zeigt – strittig; massgeblich ist die rechtsgemeinschaftsrelevante Konvergenz der Begräbnissysteme. Um dies festzustellen, bedarf es wenigstens der Grundkenntnis des je anderen Systems beziehungsweise hier der auf die islamische Diaspora zugeschnittenen islamologischen, vor allem islamrechtlichen Begräbnisordnung.

Nach dem "Merkblatt zur islamischen Bestattung" der am 13. Januar 1987 nach den Art. 80 ff. ZGB in Form einer öffentlichen Urkunde errichteten Stiftung Schweizerischer Islamischer Friedhöfe (SSIF) mit dem Zweck der "gemeinnützige(n) Verwirklichung und Verwaltung von islamischen Friedhöfen in der Schweiz"<sup>39</sup> sind nachstehende Angaben unbedingt zu befolgen:

schlusses/der Waffenstillstandsvereinbarung (arabisch: dâr aṣ-ṣulḥ) genannt wird. – Einen Abriss dazu geben statt vieler ABEL, Dâr al-ḥarb, S. 129 f.; ABEL, Dâr al-islâm, S. 130 f.; KHOURY, Krieg, S. 351 f.; MACDONALD/ABEL, S. 134 f.; RAMADAN, TARIQ, S. 202 ff. – Diese räumliche Weltaufteilung hat Folgen für die hoheitliche und nicht hoheitliche Regelung der persönlichen Beziehungen zwischen den Angehörigen des Islams und den Angehörigen anderer Religionen; zur diesbezüglichen neoislamologischen Sicht s. FORSTNER, S. 129 ff.

Öffentliche Urkunde betreffend kirchliche [! Vgl. zu diesem Attribut Pahud de Mortanges, S. 327 ff.] Stiftung unter dem Namen Stiftung Schweizerischer Islamischer Friedhöfe/Fondation des cimetières islamiques suisses/Fondazione dei cimiteri islamici svizzeri vom 13. Januar 1987 Art. 3. – An dieser Stelle sei Herrn Abd-Allah Lucien Meyers (Stiftungsratspräsident) für die Zustellung dieses Dokumentes und weiterer Unterlagen zum islamischen Bestattungswesen herzlich gedankt.

Die Litispendenz vor dem EGMR wurde dem Autor E. T. von Herrn Abd-Allah Lucien Meyers mit E-Mail <a.l.meyers@consult-meyers.com> (gesendet am 10. Juli 2001) bestätigt. Nach Mitteilung von Herrn Prof. Dr. iur. Mark Villiger – Referatsleiter in der Kanzlei des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte – (E-Mail <Mark.Villiger@echr.coe.int> [gesendet am 4. Juli 2002]) wurde die Individualbeschwerde am 4. Juni 2002 von einem Ausschuss mit drei Richtern (vgl. Art. 27 Abs. 1 Satz 1 und Art. 28 EMRK) für unzulässig (im Sinne von Art. 35 EMRK) erklärt; das Ergebnis wurde dem Beschwerdeführer in einem Schreiben mit folgendem Inhalt mitgeteilt: "Soweit die Beschwerdepunkte in seine Zuständigkeit fallen, ist der Gerichtshof aufgrund aller zur Verfügung stehenden Unterlagen zur Auffassung gelangt, dass die Beschwerde keinen Anschein einer Verletzung der in der Konvention oder ihren Zusatzprotokollen garantierten Rechte und Freiheiten erkennen lässt."

"Die Feuerbestattung ist nicht erlaubt."

- 1. "Weil die verstorbenen Musliminnen und Muslime eine Gemeinschaft bilden, sind deren Gräber räumlich zusammen zu fassen [!], zum Beispiel in einem besonders dafür vorgesehen [!] Abteil des Friedhofs. Bei der Friedhofsplanung empfehlen wir hierzu die Berücksichtigung des islamischen Bevölkerungsanteils in der jeweiligen Gemeinde. Gesamtschweizerisch beträgt diese Quote gegenwärtig etwa 3 %."
- 2. "Die Grabesruhe darf durch Exhumation nicht gestört werden, was meist ein Familiengrab mit zeitlich unbeschränktem Nutzungsrecht zur Folge hat. Die Familien der Verstorbenen sind auf diesen Umstand und dessen finanzielle Folgen aufmerksam zu machen."

#### Des Weiteren sollen folgende Anweisungen möglichst beachtet werden:

- 3. "Die Gräber sind in der Achse 220° 40°, d.h. waagerecht zu 130° (Richtung Mekka), anzulegen."
- 4. "Die Gräber können mit oder ohne Grabesnische gestaltet werden. Die fakultative Grabesnische wird zuunterst im Grab seitwärts in Richtung Mekka (130°) ausgehoben."
- 5. "Die Grabestiefe beträgt mindestens etwa 3/4 Menschenhöhe, d.h. etwa 1,5 Meter."
- 6. "Die Beerdigung soll am Todestag oder am darauf folgenden Tag stattfinden."
- 7. "Der Verstorbene ist mit dem Kopf in Richtung 220°, auf der rechten Seite liegend, so ins Grab zu legen, dass das Gesicht auf Richtung Mekka (130°) ausgerichtet ist."
- 8. "Zur Beerdigung sind Leichentücher, jedoch kein Sarg erforderlich. Falls die Beerdigung im Sarg gesetzlich vorgeschrieben ist, soll dieser möglichst leicht und einfach sein."
- 9. "Pompöse, kostspielige Grabsteine, Grabmale, Mausoleen, Statuen und dergleichen sind nicht gestattet. Allfällige Grabsteine sollen schlicht sein. Auf Wunsch der Familien der Verstorbenen kann auf Grabsteine gänzlich verzichtet werden."
- 10. "Für die Bestattung von islamischen Märtyrern gelten besondere Vorschriften."

Und das "Merkblatt zur Erdbestattung von Muslimen" der am 25. Oktober 1997 gegründeten Vereinigung der islamischen Organisationen von Zürich (VIOZ) vom 27. Juni 1999<sup>40</sup> bestimmt eingangs, was folgt:

- 1. "Verstorbene Muslime sollen pietätvoll und in Würde ihre letzte Ruhe finden."
- 2. "Muslime müssen erdbestattet werden (keine Kremation)."
- 3. "Eine Autopsie ist verboten ausser in Notfällen (z. B. auf gerichtliche Anordnung)."
- 4. "Die rituelle Waschung und das Einwickeln in ein Leichentuch müssen nach bestimmten Vorschriften ausgeführt werden."
- 5. "Vor der Beerdigung muss ein spezielles Totengebet verrichtet werden."
- 6. "Muslime dürfen nur in einem islamischen Friedhof beerdigt werden, d.h. in einem eigenen, umzäunten oder separaten Abteil."

Dieses Dokument wurde dem Autor E. T. von Herrn Dr. phil. Ismail Amin (Präsident der Stiftung Islamische Gemeinschaft Zürich) in kopierter Form ausgehändigt; ihm sei dafür und für weitere sachdienliche Hinweise zum islamischen Bestattungswesen herzlich gedankt.

#### Anschliessend schreibt es für die Beerdigung Folgendes vor:

- 7. "Muslime müssen gemeinsam in einem für sie bestimmten Grabfeld erdbestattet werden. Die Gräber sollen architektonisch so angelegt sein, dass der Verstorbene, auf der rechten Seite liegend, mit dem Gesicht nach Mekka ausgerichtet werden kann."
- 8. "Eigentlich sollte der Leichnam in weisse Leichentücher eingewickelt direkt in die Erde gelegt werden. Falls jedoch die Gesetze die Bestattung in einem Sarg vorschreiben, so kann dies auch in einem leichten Holzsarg geschehen."
- 9. "Zeitlich unbefristete Totenruhe heisst, dass die Gebeine eines Toten nicht aus dem Grab entfernt werden dürfen. Wenn es die Not wirklich unumgänglich macht, ist es erlaubt, die Gebeine pietätvoll, würdig und behutsam an einen anderen Ort im Friedhof zu verlegen."
- 10. "Wiederbelegung von Gräbern: Wegen der Würde des Toten ist die Exhumierung grundsätzlich verboten. Doch kann aus zwingenden, legitimen Gründen in Notfällen dieses Verbot aufgehoben werden."
  - "Hat eine genügend lange Totenruhe bestanden, so dass der Tote ausser den Knochen zu Erde zerfallen ist, können die Knochen im gleichen Grabe pietätvoll zur Seite geschoben werden, damit der neue Leichnam Platz hat. Die Knochen dürfen aber nicht zerbrochen, zerstört oder kremiert werden. Die Zeitdauer für die erforderliche Totenruhe ist von der Bodenbeschaffenheit und den klimatischen Verhältnissen abhängig. Je nach Gemeindebestattungsverordnung kann also die Wiederbelegung eines Grabes im 20- bis 30-Jahr-Rhythmus erfolgen." (Fettdruck bereits im zitierten Text!)

#### 11. "Technische Details:

- a. Die Gräber sind in der Achse 34°-214°, d.h. waagrecht zu 124° (Richtung Mekka) anzulegen.
- b. Die Grabestiefe beträgt mindestens 1.5 Meter." (Fettdruck bereits im zitierten Text!)

Beide Dokumente fordern in kombinatorischer Lektüre ohne Hinweis auf die einschlägigen apodiktischen oder situationselastischen theologischen Sätze und die imperativen oder dispositiven juristischen Normen nach Ausführung der Vorbereitungshandlungen (Totenwaschung, -bekleidung, -gebet und -bahrenumzug)<sup>41</sup> die Beachtung bestimmter entweder unabdingbarer oder notgedrungen entbehrlicher Umstände bei der islamischen Bestattung: nämlich die grundsätzlich definitive (Exhumationsverbot) Beisetzung der sterblichen Hülle in weissen Leichentüchern oder um der Staatsgesetzestreue willen in einem leichten Holzsarg (Bestattungsart) noch am Todestag oder spätestens am darauf folgenden Tag (Bestat-

Ausführlich dazu der Bund der Islamischen Welt (Hrsg.), S. 10 ff.; NADER, S. 136 ff.; Haus des Islam (Hrsg.), S. 7 ff.; Khoury, Umgang (1990), S. 183 ff.; Lemmen, S. 15 f., 18 ff.; Khoury, Umgang (2000), S. 116 ff.; Coskun, S. 1 ff. – Ein spezieller Dank gebührt Herrn Scheik Youssef Ibram (Imam der islamischen Gemeinschaft Zürich) für die Aushändigung der Druckschrift des Bundes der Islamischen Welt, Herrn Prof. Dr. Adel Th. Khoury (emeritierter Professor für Religionswissenschaft an der Universität Münster) für die Zusendung der Studie "Lemmen" und Herrn Volkan Coskun (Mitarbeiter in der Bestattungsgesellschaft Ahorn-Grieneisen GmbH & Co. in Berlin) für die Zustellung seines Skripts.

tungsfrist) in einem wenigstens 1,5 Meter tiefen (Grabestiefe), nach Mekka ausgerichteten Grab (Grabrichtung) auf einem muslimeigenen, einfachen (Grabschmuck und -pflege) Friedhof oder separaten Friedhofsabteil (Grabraum) mit unbefristeter Grabbelegung (Totenruhe). Die in diesem Zusammenhang für eine juristisch ausgerichtete Analyse des islamischen Begräbniswesens relevanten Grundlagen finden sich sowohl in den primären als auch sekundären Quellen des islamischen Rechtssystems<sup>42</sup>, das heisst einerseits im Koran (arabisch: qur'ân)<sup>43</sup>, in der im Hadith (arabisch: hadît)44 tradierten Sunna (arabisch: sunna)45, in der Idschma (arabisch: iğmâ<sup>c</sup>)<sup>46</sup> und im Kijas (arabisch: qiyās)<sup>47</sup> und andererseits im Gewohnheitsrecht (arabisch: 'âda), in der Sitte und im Brauch (arabisch: 'urf) und in der – dem Grundsatz der Praktikabilität respektive des Für-gut-Haltens bei Analogieschlusskonkurrenz und Subsumtionsproblemen (arabisch: istihsân) oder dem Prinzip des überwiegenden öffentlichen Interesses beziehungsweise des massgeblichen Interesses der muslimischen Gemeinschaft oder der gläubigen Muslimen/Musliminnen (arabisch: istislâh) oder der Richtschnur der Billigkeit respektive des Guten und Gerechten (arabisch: insaf)<sup>48</sup> oder der Regel der Güte beziehungsweise des Insistenzverzichts (arabisch: tahfîf)49 folgenden - eige-

Eingehend dazu RAMADAN, SAÏD, Recht, S. 33 ff., 42 ff., 62 ff., 77 ff., 90 ff., 104 ff.; KHALLÂF, S. 33 ff., 307 ff.; RAMADAN, SAÏD, Sharî'a (1997), S. 33 ff., 45 ff., 69 ff., 89 ff., 101 ff., 117 ff.; KHOURY, Islam, S. 45 ff.; DALKUSU, S. 6 ff.; KHOURY, Rechtssystem, S. 37 ff.; KHAMAISI, S. 3 ff.; RAMADAN, SAÏD, Sharî'a. (2001).

Sammlung der vom Propheten Mohammed zwischen 610 und 632 u. Z. als göttliche Offenbarungsworte verkündeten absolut verbindlichen Botschaften (vgl. Koran 53,2 ff. i. V. m. 17,106; 41,41 f.; 2,97 f.]).

Vorerst mündlich, dann schriftlich durch Gefährten des Propheten und anschliessend durch Gelehrte tradierte Berichte über Aussprüche und Verhaltensweisen des Propheten Mohammed.

Gesamtheit der von den Islamgelehrten für authentisch erachteten, koranerläuternden und -konkretisierenden, ausdrücklichen oder stillschweigenden Haltungen des von Gott als Urexeget mit Infallibilitätscharakter ausersehenen (vgl. Koran 16,44 i. V. m. 4,80; 53,2 ff.; 81,22 ff.) Propheten Mohammed mit absoluter Verbindlichkeit (vgl. Koran 3,32.132; 4,59.80; 8,20.46).

Koranisch legitimierter Meinungskonsens der wichtigsten Rechtsgelehrten einer bestimmten Zeit nach Mohammeds Tod hinsichtlich Rechtsnorminhalts- und gehaltsfeststellungen mit verpflichtendem Charakter (vgl. Koran 4,59.83.115).

Ubertragung der im Koran, nach der Sunna oder der Idschma für einen bestimmten Tatbestand fixierten Rechtsfolge auf einen dort nicht erfassten, aber weil wesensmässig vergleichbar rechtsregelgemäss einbeziehbaren Sachverhalt.

<sup>&</sup>lt;sup>48</sup> S. Koran 16,90.

S. Koran 2,286; 7,42; 23,62 (vgl. auch 2,233; 6,152; 65,7); 4,27 f.; 8,66; 22,78 (vgl. auch 2,185; 5,6).

nen Meinungsbildung beziehungsweise Rechtsgelehrtenbeurteilung (arabisch: ra'y) mit scharia/šarî'ca ologischem Bemühen (arabisch: iğtihâd).

1. Zur Bestattungsart: Nach den absolut zwingenden koranischen Bestimmungen in 80,21 f. in Verbindung mit 10,45 (siehe auch 20,102 ff.; 79,46); 23,12 ff.; 27,64; 71,14 ff. lässt Gott die aus Lehm (siehe auch 22,5 oder aus Erde [siehe zum Beispiel 18,37; 22,5; 40,67; 71,17]) geschaffenen Menschen sterben und bringt sie ins Erdgrab, wo sie bis zur Auferweckung beziehungsweise zur zweiten Schöpfung aus der Erde verweilen (vergleiche dazu auch 22,5 ff.); eine Leicheneinäscherung ist darum unter allen Umständen von Muslimen/Musliminnen abzulehnen. Weitere Beerdigungsmodalitäten sind im Koran nicht geregelt. – Gemäss den Hadithen müssen unter normalen Umständen reine, weisse, schlichte und geschlechts- und geschlechtsreifespezifisch unterschiedliche Leichentücher als Totenhülle im Grab verwendet werden;<sup>51</sup> bei objektiver Unmöglichkeit der Scharia-Normerfüllung ist allerdings nach dem koranischen Regelfallprinzip des Insistenzverzichts beziehungsweise nach dem doktrinären Einzelfallgrundsatz der notwendigen Erlaubnis des Verbotenen (arabisch: ad-darûra tubîhu al-mahzûrât) und des massgeblichen Interesses der muslimischen Gemeinschaft die hölzerne Einsargung zulässig<sup>52</sup>.

Göttlich gegründete und deshalb menschlich unabänderliche Gesamtheit der transzendenz- und immanenzbezogenen Rechtsnormen des Korans und der Sunna mit universaler und ewiger, absoluter Geltung. – Allein dieser Normkomplex innerhalb des islamischen Rechtssystems ist apodiktisch! (Vgl. nur RAMADAN, SAID, Recht, S. 33 ff., besonders S. 34 i. f., 35 i. i., 37.)

Detaillierte Auskunft über die Beschaffenheit und den Gebrauch des Leichentuches geben z. B. EL-BOKHÂRI, S. 402 i. i. ([Titel] XXIII, [Kapitel] II, [Hadith] 1), 409 ff. (XXIII, XIX ff.), 449 f. (XXIII, XCIV); ELDJAZAÏRI, S. 296; ABÛ DÂWÛD, S. 887 (Kapitel 1147 und Anm. 2582), 895 f. (Kapitel 1163 ff. und Anm. 2619 ff.); s. auch GRÜTTER, II, S. 79 ff.; der Bund der Islamischen Welt (Hrsg.), S. 18 ff.; Haus des Islam (Hrsg.), S. 11 f.; COŞKUN, S. 5 ff.; s. ferner HUISMAN, S. 89 f.; ALDEEB, Les cimetières, S. 70; ALDEEB, Cimetière musulman, S. 103 f.

Vgl. Zentralinstitut Islam-Archiv-Deutschland Stiftung e. V., Gutachten zum islamischen Bestattungsritual auf kommunalen Friedhöfen im Auftrag der Freien Hansestadt Bremen, Senator für Kultur und Ausländerintegration, Soest 1995 (22. Mai), Punkt 4 und Anhang 1–3, hier Anhang 1 und 2, jeweils i. i.: "Die Akademie für Islamisches Recht' in Mekka hat [1985 in einer Fetwa (d. h. in einem konkretes Verhalten auf Scharia-Unbedenklichkeit hin überprüfenden Rechtsgutachten der dafür ausgebildeten Gelehrten/Muftis [zu diesem Begriff s. Heine, S. 246 ff. [lakonische Ausführungen]) für die sunnitischen Muslime] entschieden, dass Bestattungen in hölzernen Särgen für Moslems erlaubt sind."; Aldeeb, Les cimetières, S. 70; Aldeeb, Cimetière musulman, S. 104; s. ferner Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V. [ZMD], Presse-Information zum Thema "Islamische Friedhöfe". Stellungnahme des Vorsitzenden des ZMD, Dr. Nadeem Elyas, anlässlich der Diskussion um eine geplante Einebnung von muslimischen Gräbern in Köln im November 1995, Punkt I. – Der Autor E. T. dankt Herrn Mehmet Kiling (Leiter der Aussenstelle des Zentralinstituts Islam-Archiv-

2. Zur Bestattungsfrist, zum Bestattungszeitpunkt, zur Totenruhe und zur Exhumierung: Der Koran schweigt sich diesbezüglich aus; anders die Hadithen. Die Toten sind im Falle religionsabweichender Praxis zu Lebzeiten zum Heils(stands)schutz der lebenden Gläubigen oder im Falle religionsgetreuer Praxis zu Lebzeiten zu ihrem eigenen Heils(stands)schutz so rasch wie möglich zu beerdigen.<sup>53</sup> Damit ist weder eine sofortige Beisetzung nach Todeseintritt noch eine feste Wartefrist zwischen der Abberufung und Beerdigung vorgegeben: verpönt ist allein die ungebührliche beziehungsweise mit den Rechtsgrundsätzen nicht zu rechtfertigende Verzögerung der Beisetzung. Die Bestattung kann sowohl bei Tag als auch bei Nacht jederzeit mit Ausnahme der Tageszeit um den Sonnenaufgang, -höchststand und -untergang stattfinden.<sup>54</sup> Sobald der Leichnam zu Grabe getragen ist, geniesst er der theologischen Vorstellung von der Leiblichkeit des endzeitlich neugeschaffenen Menschen<sup>55</sup> und deren praktischen Schutzes zufolge bis zur Auferweckung durch Gott grundsätzlich uneingeschränkte Grabruhe;56 nur ausnahmsweise – sei es zur Durchset-

Deutschland Stiftung e. V. in Bremen) für die Zusendung des Gutachtens des Zentralinstituts Islam-Archiv-Deutschland Stiftung e. V. und Herrn Dr. med. Nadeem Elyas (Vorsitzender des Zentralrates der Muslime in Deutschland e. V.) für die Zustellung der Presse-Information des Zentralrates der Muslime in Deutschland e. V.

S. in intertextueller Lektüre einerseits EL-BOKHÂRI, S. 405 ([Titel] XXIII, [Kapitel] VIII, [Hadith] 1), 424 f. (XXIII, LII, 1), 445 f. (XXIII, XCI, 1), 449 (XXIII, XCIV, 1) und anderseits ABÛ DÂWÛD, S. 897 f. (Kapitel 1167 und Anm. 2628), 903 (Kapitel 1179 und Anm. 2646 ff.); s. auch Aldeb, Les cimetières, S. 76 f.; Aldeb, Cimetière musulman, S. 109 ff., jeweils mit Hadith-Verweisen; vgl. Lane-Poole, S. 501, wonach die muslimische Gemeinschaft in heissen Gegenden eine schnelle Bestattung vor allem aus hygienischen Gründen für angezeigt hält.

S. EL-BOKHÂRI, S. 404 ([Titel] XXIII, [Kapitel] V, [Hadith] 1), 426 (XXIII, LVI, 1), 431 (XXIII, LXX, 1); ABÛ DÂWÛD, S. 895 (Kapitel 1163), 899 (Kapitel 1170 und Anm. 2632), 906 (Kapitel 1184 und Anm. 2657); vgl. ALDEEB, Les cimetières, S. 76; ALDEEB, Cimetière musulman, S. 109.

S. Koran 36,78 ff.; 17, 49 ff.; vgl. auch 10,4 ff.; vgl. auch ABÛ DÂWÛD, S. 912 (Kapitel 1193 und Anm. 2673).

Von einer ewigen Grabruhe, oder besser gesagt, ewigen Totenruhe kann aus islamologischer Sicht keinesfalls gesprochen werden. Die islamische Eschatologie geht von einer dualdynamistischen postmortalen personalen Existenz aus, deren Schicksal entsprechend dem Walten zu Lebzeiten, dem interimistischen Urteilsspruch Gottes im himmlischen Zwischengericht (vgl. dazu z. B. Koran 6,61 f.; 32,11) und dem Resultat des anschliessenden Verhörs durch die Engel Munkar (arabisch: Munkar) und Nakir (arabisch: Nakîr) im Grab (darauf anspielend z. B. Koran 6,93; 8,50; 47,27 [jeweils ohne namentliche Nennung der Engel]; dazu nachstehender Punkt 3 im Text und FN. 67) erst nach der Auferweckung (s. dazu z. B. Koran 22,7; 23,16; vgl. 27,64; 30,11) und dem Endgericht (s. dazu z. B. Koran 11, 103 ff.; 15,85; 20,74; 22,7; 40,59; 79,34 ff.) in der Hölle Satans (oder Iblis' [arabisch: Iblîs]) (s. dazu z. B. Koran 11,106 f.; 22,19 ff.; 40,70 ff.; 44,43 ff.; 74,27 ff. [und 17,97]; 104,4 ff.) oder im Himmel Gottes (arabisch: Allâh) (s. dazu z. B.

zung rechtlich geschützter, vorherrschender öffentlicher Interessen, sei es zum Schutze rechtlich gesicherter, überwiegender privater Interessen – ist die Öffnung des Grabes und die Exhumierung<sup>57</sup> und/oder Neubelegung oder Zusatzbelegung<sup>58</sup> erlaubt.<sup>59</sup>

3. Zur Grabbeschaffenheit, zur Grabrichtung und zum Grabraum: Im Koran finden sich nur indirekte Angaben zu diesen Punkten; hingegen machen die Hadith-Tradenten unmittelbar Aussagen dazu. Nach ihnen gibt es zwei Grabarten: das schlichte Grab (arabisch: šaqq) und das typisch islamische Nischen- oder Bodenmuldengrab (arabisch: laḥd). Die Grubenmasse sind nicht generell-abstrakt fixiert, sondern bestimmen sich nach individuell-konkreten Überlegungen: Der Tote muss zur

Koran 11,108; 20,75 f.; 31,8 f.; 52,17 ff.; 55,46 ff.; 56,8 ff.; 76,5 ff.; [unklar] 75,22 f.) endgültig und immerwährend besiegelt ist. Somit gibt es weder ewig Tote noch in logischer Konsequenz daraus eine ewige Totenruhe. – S. dazu die minuziösen Ausführungen bei AL-QUADI; s. ferner Lane-Poole, S. 501 i. i. und i. f.; Khoury, Adel Th., Islam, S. 117 ff.; Hagemann, Auferstehung, S. 93; Hagemann, Eschatologie, S. 212 ff.; Hagemann, Hölle, S. 363 f.; Hagemann, Gericht, S. 423 f.; Hagemann, Paradies, S. 610 f.; Hagemann, Tod, S. 717 f.

Z. B. zur Verfolgung nachstehender Zwecke: Nachholen versäumter Totenwaschung, Toteneinkleidung, mekkagerichteter Totenlagerung; Umbetten aus islamologisch inakzeptablem Boden (Erde mit leichenschädigenden oder -gefährdenden materiellen und/oder ideellen Emissionen) in islamologisch akzeptable Erde (Erdreich mit Heilsstandsschutzgewähr); Umbestatten eines Toten aus einer zwei- oder mehrfach belegten Begräbnisstätte oder aus fremden Grabeigentum in eine Einzelruhestätte; Umbetten des Toten infolge Zweckänderung des Bodens (vgl. dazu Neue Zürcher Zeitung vom 12. März 2002, Nr. 59, S. 60); Überführen der Leiche in die Heiligen Städte Mekka, Medina oder Jerusalem; wegen überwiegenden öffentlichen Interesses oder aus situativer Notwendigkeit. – S. dazu EL-BOKHÂRI, S. 434 f. ([Titel] XXIII, [Kapitel] LXXVIII, [Hadith] 1–3); ELDJAZAÏRI, S. 301; ABÛ DÂWÛD, S. 918 (Kapitel 1208 und Anm. 2698); ALDEEB, Les cimetières, S. 82 ff.; ALDEEB, Cimetière musulman, S. 117 ff., jeweils mit zahlreichen Belegstellen in der islamischen Rechtslehre.

Eine Grabneubelegung liegt vor, wenn ein Toter in einer Ruhestätte beerdigt wird, in der bereits früher eine Leiche beigesetzt wurde, dessen Bestandteile sich jedoch mittlerweile vollständig zersetzt haben; von einer Zusatzbelegung ist zu sprechen, wenn die im Grab liegende Leiche als Ganzes oder zumindest in Bestandteilen noch vorhanden ist. – S. dazu EL-BOKHÂRI, S. 432 ff. ([Titel] XXIII, [Kapitel] LXXIII, [Hadith] 1; XXIII, LXXIV, 1; XXIII, LXXVI, 1; XXIII, LXXVIII, 2 und 3; XXIII, LXXIX, 1); ABÛ DÂWÛD, S. 911 f. (Kapitel 1192), 914 (Kapitel 1200 und Anm. 2681); vgl. TRITTON, S. 454; ALDEEB, Les cimetières, S. 82 ff.; ALDEEB, Cimetière musulman, S. 117 ff., jeweils mit Belegstellen in der islamischen Doktrin.

Vgl. ergänzend dazu Zentralinstitut Islam-Archiv-Deutschland Stiftung e. V. (zit. in FN. 52), Punkt 3; Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V. [ZMD] (zit. in FN. 52), Punkt II und III.

S. EL-BOKHÂRI, S. 433 f. ([Titel] XXIII, [Kapitel] LXXVI, [Hadith] 1), 435 f. (XXIII, LXXIX, 1); ELDJAZAÏRI, S. 300; ABÛ DÂWÛD, S. 912 (Kapitel 1194 und Anm. 2674); GRÜTTER, III, S. 168 f.; ALDEEB, Les cimetières, S. 70 f.; ALDEEB, Cimetière musulman, S. 104 f., jeweils mit Verweis auf Hadithen und islamrechtliche Doktrin; s. ferner Bund der Islamischen Welt (Hrsg.), S. 27; Haus des Islam (Hrsg.), S. 17; COŞKUN, S. 8.

Vermeidung von Verwesungsgerüchen und Ausscharrungen durch Tiere genügend tief in den Boden eingelassen werden.<sup>61</sup> Die Richtung der Ruhestätte bestimmt sich nach der Kaaba (arabisch: ka'ba)<sup>62</sup> – von Muslimen/Musliminnen auch Haus Gottes (arabisch: bait Allâh) genannt in Mekka; besser gesagt, das Grab ist so anzulegen, dass das Gesicht des/der (in der Regel auf die rechte Seite zu drehenden) Toten in Richtung Mekka, genauer gesagt in Richtung Kaaba, schauen kann respektive wie zu Lebzeiten bei der Gebetsverrichtung nach der koranisch verankerten Kibla (arabisch: qibla)<sup>63</sup> orientiert ist.<sup>64</sup> In räumlicher Hinsicht muss - unter Vorbehalt des koranischen Regelfallprinzips des Insistenzverzichts beziehungsweise des doktrinären Einzelfallgrundsatzes der notwendigen Erlaubnis des Verbotenen (arabisch: ad-darûra tubîhu almahzûrât) und des massgeblichen Interesses der muslimischen Gemeindie Ruhestätte eines Muslimen/einer Muslimin Heils(stands)schutzgründen nahe des Todesortes (dazu bereits vorne Punkt 2)65 und getrennt von nichtmuslimischen Begräbnisstätten liegen (hierzu die folgenden Ausführungen)<sup>66</sup>. Im Anschluss an koranische Allusionen (zum Beispiel 6,93; 8,50; 47,27) entwickelt die islamische Theologie minuziös die Vorstellung von der Überprüfung der Orthodoxie der Verstorbenen mittels Verhör (der erst im späteren Traditionsgut namentlich erwähnten Engel Munkar und Nakir) im Grab und der ebenda im Heterodoxiefalle daran anschliessenden Bestrafung (arabisch:

Vgl. Eldjazaíri, S. 300; Abû Dâwûd, S. 914 (Kapitel 1200 und Anm. 2681 f.); Aldeeb, Les cimetières, S. 71, 83; Aldeeb, Cimetière musulman, S. 105, 119; s. ferner Grütter, III, S. 169 f.; Bund der Islamischen Welt (Hrsg.), S. 27: "Das Grab muss mindestens die Tiefe einer Menschenbrust erreichen, jedoch ist es besser, tiefer und breiter zu graben."; Haus des Islam (Hrsg.), S. 17: "Die Grösse des Grabes muss der Körpergrösse des Toten angemessen sein, das heisst, das Grab muss so lang sein, dass der Leichnam ohne gekrümmt zu werden, hineinpasst. Die Tiefe des Grabes soll der halben Körpergrösse des Toten entsprechen."; Zentralinstitut Islam-Archiv-Deutschland Stiftung e. V. (zit. in FN. 52), Punkt 4: "Die Tiefe des Grabes sollte bei Männern 1.50 m und bei Frauen 1.60 bis 1.70 m betragen."

Zu diesem Begriff s. WENSINCK/JOMIER, S. 331 ff.

Koran 2,144.149 f.; s. dazu auch die Hadithen bei EL-BOKHÂRI, S. 149 ff. ([Titel] VI-II, [Kapitel] XXX ff.). – Zum Begriff und Problem der Berechnung der Kibla s. KING, S. 84 ff.

S. ELDJAZAÏRI, S. 300; ALDEEB, Les cimetières, S. 66 f.; ALDEEB, Cimetière musulman, S. 98 ff., jeweils mit Hinweisen auf Hadithen und Doktrin; s. auch GRÜTTER, III, S. 179; s. zudem Bund der Islamischen Welt (Hrsg.), S. 28; Haus des Islam (Hrsg.), S. 17; Zentralinstitut Islam-Archiv-Deutschland Stiftung e. V. (zit. in FN. 52), Punkt 1 und 4; Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V. [ZMD] (zit. in FN. 52), Punkt I; COŞKUN, S. 8 f.

S. Eldjazaïri, S. 301 i. f.

Vgl. dazu auch ALDEEB, Les cimetières, S. 44 ff. und Cimetière musulman, S. 56 ff., jeweils mit Hinweisen auf Hadithen, Doktrin und Praxis.

'adâb al-qabr [wörtlich: die Folter des Grabes; sinngemäss: die qualvolle Strafe schon im Grab]) (durch dieselben). Heterodoxe, a fortiori im Diesseits äusserlich erkennbare Nichtmuslime/Nichtmusliminnen erleiden bei der Ahndung nach der islamischen Tradition und Gelehrtenwelt für Verstorbene unüberhörbare Qualen, deren aktive Zufügung und reaktive Äusserung auf die orthodoxe Totenwelt übergreifen und sich nachteilig auf das Heil des einzelnen Orthodoxen auswirken kann; so liegt in der islamischen Diaspora der Ruf nach sichtbarer Separierung muslimischer Grabstätten von nichtmuslimischen, sei es auf muslimeigenen Gottesäckern, sei es auf besonderen Gräberfeldern staatlicher Friedhöfe, als vorsorglicher Heils(stands)sicherungs- und -regelungsmassnahme, geradezu nahe.

4. Zur Grabpflege und zum Grabschmuck: Nach den Hadithen wird pompöse Grabgestaltung missbilligt; der Bestattungsort soll nur ohne weiteres und gerade als muslimische Ruhestätte erkennbar sein – das Grab soll weder Gebets- noch Pilgerstätte sein! Dem wird in der Praxis mit der Anlage natur- oder kunststofflich eingefasster, mit schlichten Grabsteinen oder Ähnlichem ausgestatteter und einfach bepflanzter oder steinabgedeckter Gräber zu entsprechen versucht.

S. hierzu z. B. EL-BOKHÂRI, S. 430 f. ([Titel] XXIII, [Kapitel] LXVIII, [Hadith] 1), 442 ff. (XXIII, LXXXVII, 1 ff.). – Zu den Einzelheiten s. WENSINCK/TRITTON, S. 192 f.; WENSINCK, S. 577 f.

Vgl. EL-Вокна̂кі, S. 444 f. ([Titel] XXIII, [Kapitel] LXXXVIII, [Hadith] 1 ff.).

S. z. B. EL-BOKHÂRI, S. 451 ([Titel] XXIII, [Kapitel] XCVI, [Hadith] 5); vgl. ORY, S. 120; s. ergänzend dazu Bund der Islamischen Welt (Hrsg.), S. 27 i. f.; Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V. [ZMD] (zit. in FN. 52), Punkt I; Zentralinstitut Islam-Archiv-Deutschland Stiftung e. V. (zit. in FN. 52), Punkt 1. – Freilich besteht damit das Problem der Heilsstandsbeeinträchtigung durch dort bestattete, bei Eintritt des Todes äusserlich nicht erkennbare, besser gesagt, rein *innerlich* heterodoxe Muslime/Musliminnen weiter; insofern ist das Separierungsverlangen motivisch und final inkonsequent und damit theologisch zur Heilsstandsicherung inadäquat.

Ausserdem könnte aus Koran 5,48 erhellen, dass die Separierung dem Willen Gottes nach Trennung der Glaubensgemeinschaften entspricht: "Und wenn Gott gewollt hätte, hätte er euch [Menschen bzw. Juden und Jüdinnen, Christen und Christinnen und Muslime und Musliminnen?] zu einer einzigen [Glaubens-]Gemeinschaft gemacht. Aber er (teilte euch in verschiedene [Glaubens-]Gemeinschaften auf und) wollte euch (so) in dem, was er euch (d. h. jeder Gruppe von euch) (von der Offenbarung) gegeben hat, auf die Probe stellen. Wetteifert nun nach den guten Dingen! Zu Gott werdet ihr (dereinst) allesamt zurückkehren. Und dann wird er euch Kunde geben über das, worüber ihr (im Diesseits) uneins waret."

S. EL-BOKHÂRI, S. 428 ([Titel] XXIII, [Kapitel] LXII, [Hadith] 1), 450 (XXIII, XCVI, 1 ff.); ELDJAZAĬRI, S. 301; ABÛ DÂWÛD, S. 911 f. (Kapitel 1192 und Anm. 2672), 914 f. (Kapitel 1201 und Anm. 2683 f.), 916 f. (Kapitel 1205 und Anm. 2690 ff.); s. ferner GRÜTTER, III, S. 170 ff.; vgl. ausserdem Bund der Islamischen Welt (Hrsg.), S. 29 f.; Haus des Islam (Hrsg.), S. 18 ff.

Vgl. dazu für deutsche Verhältnisse KOKKELINK, S. 67 ff., 77 ff. (Grabbilder).

Bereits die normative Grundlage des islamischen Begräbniswesens ist andersartig als diejenige des staatlichen Begräbnissystems in der Schweiz. Liegt sie bei Ersterem koranexplizit<sup>72</sup> monokratisch prozessual in Gott (arabisch: Allâh)<sup>73</sup>, so bei Letzterem bundesverfassungsstrukturprinzipiell und -rechtsklausuliert (vergleiche den ungeschriebenen schweizerischen Staatsordnungs-Grundwert der Demokratie<sup>74</sup>, die Präambel und Art. 51 Abs. 1 BV) demokratisch prozessual im Volk. In der Diaspora lebende Muslime/Musliminnen geraten so in einen aus der Kollision zweier auf materiell und formell unterschiedlichen Fundamenten basierenden Rechtssysteme hervorgehenden Gewissenskonflikt - mit einem für praktizierende Muslime/Musliminnen religionsgemeinschaftsrechtlichen Bindungsvorrang. Es ist gerade die Transzendenzmotivation und -finalität des islamischen Begräbnisrechts, welche die staatlich garantierte schickliche Bestattung als für die islamische Totenachtung unzulänglich qualifizieren. So stellt sich schliesslich für die Angehörigen des Islams die Frage, ob dieses Defizit vom Staat rechtlich anderweitig ausgeglichen wird oder werden muss.

# 4 Staatliche Begräbnisregelung zwischen Gewährleistung einer schicklichen Bestattung und Wahrung einer islamischen Bestattung?

Wo die Träger der Sitte oder des Ortsgebrauchs innerhalb einer bundesstaatlichen Einheit massgeblich Angehörige des Islams sind, da wird der Inhalt und Gehalt des in Art. 53 Abs. 2 Satz 2 aBV ausdrücklich enthaltenen und in Art. 7 BV mit eingeschlossenen, stark situationswertauslegungsbedürftigen Rechtsbegriffs der Beerdigungsschicklichkeit islamisch orientiert, wodurch die dort geltende vordergründig formell säkularisierte, hintergründig jedoch nach wie vor materiell christlich geprägte staatliche Begräbnisordnung inhaltlich entsprechend und im Sinne einer möglichst widerspruchslosen bundesstaatlichen Normenhierarchie direkt auf dem Wege der Gesetzgebung oder indirekt auf dem Umweg über die Rechtspre-

<sup>&</sup>lt;sup>72</sup> S. Koran 53, 2 ff. i. V. m. 2,2; 2,97 f.; 10,37; 17,105 f.; 32,2; 41,41 f.

<sup>&</sup>lt;sup>73</sup> Zu diesem Begriff s. statt vieler GARDET, S. 418 ff.

S. dazu die Botschaft des Bundesrates über die neue Bundesverfassung vom 20. November 1996, in: BBI 149 (1997) I 1 ff., 14 f., 17; AUER/MALINVERNI/HOTTE-LIER, S. 476; HÄFELIN/HALLER, Bundesverfassung, S. 53 f. (N. 175 ff.).

chung (im Verfahren der abstrakten oder konkreten Normenkontrolle)<sup>75</sup> revidiert werden müsste. Zu berücksichtigen wären all jene Rechtsregelkomplexe, die unmittelbar oder mittelbar Ausfluss der Schicklichkeitsidee sind: Hauptsächlich Bestimmungen betreffs Verbringung der sterblichen Überreste vom Todesort zum Bestattungsplatz, betreffend den Zeitpunkt ihrer Beisetzung, bezüglich der Art ihrer Verwahrung im Erdreich, hinsichtlich der Art, des Ortes und Raumes ihrer letzten Ruhestätte, in puncto Dauer ihrer Belassung an der Beisetzungsstelle und in Bezug auf den Unterhalt der Ruhestätte. Solange Muslime und Musliminnen in einer solchen bundesstaatlichen Einheit hingegen in der Minderzahl sind, ist deren spezifisch islamische Einstellung zur Totenehre in den unterschiedlichsten sozialevidenten Ausprägungen bei der inhaltlichen und gehaltlichen Bestimmung der Bestattungsschicklichkeit juristisch nicht ausschlaggebend; insoweit können die dem Willen der bundesstaatlichen Einheit Ausdruck verleihenden Organe respektive die über die Begräbnisplätze verfügenden bürgerlichen Behörden (Art. 53 Abs. 2 Satz 1 aBV)<sup>76</sup> von einer Änderung der Bestattungsordnung absehen; es sei denn, zusätzliches höherrangiges Recht – letztlich die materiellen bundesstaatssrechtlichen Harmonisierungsbausteine der Bundesverfassung und der (Self-executing-Bestandteile der) Völkerrechtsspakte in Form der Grund- und Menschenrechte<sup>77</sup> (vergleiche Art. 5

Das sind gestützt auf die kombinatorisch zu lesende höchstrichterliche, bundesrätliche und lehrmässige Auslegung zu Art. 53 Abs. 2 Satz 1 aBV (s. BGE 96 I 104 ff., 107 f. [E. 2]; 101 Ia 392 ff., 398 [E. 4b]; Botschaft des Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung, betreffend die Revision der Bundesverfassung. [Vom 4. Juli 1873.], in: BBI 25 [1873] II 963 ff., 966; VEB 1930 H. 4 [Nr. 16] 28 ff., 29; MAECHLER, S. 45 ff., besonders S. 50 i. f., 52 ff.; Burckhardt, S. 490 ff.; Remund, S. 43 f.; Karlen, S. 377 f.; Dicke, S. 3 f. [N. 7 ff.]) die nach kantonalem Organisationsrecht für die Normsetzung, -anwendung und -durchsetzung im Begräbniswesen überhaupt örtlich, sachlich und funktional zuständigen staatlichen Stellen.

Wie die in diesem Zusammenhang relevanten Art. 7 ("Menschenwürde"), 8 ("Rechtsgleichheit"), 9 ("Schutz vor Willkür"), 10 Abs. 2 ("Recht [...] auf persönliche Frei-

Da für die Regelung des Begräbniswesens von Bundesverfassungs wegen die Kantone residual und originär kompetent und die Gemeinden vom Kantonsrecht ausgehend allenfalls residual zuständig sind (s. vorne Kapitel 2, 2. Absatz, 1. Satz, S. 248), handelt es sich diesbezüglich klar um selbstständiges kantonales öffentliches Recht, das letztlich mit staatsrechtlicher Beschwerde nur nach dem Rügeprinzip (vgl. BGE 124 I 159 ff., 163 [E. 1e]) im Verfahren der abstrakten oder konkreten Normkontrolle vor BGer. auf normhierarchische Kongruenz – schliesslich auf Bundesverfassungskompatibilität – überprüft werden kann (vgl. Kälin, Verfahren, S. 132 ff., 262 ff., 348 ff., 362 ff., 397 ff.; Häfelin/Haller, Bundesverfassung, S. 573 ff. [N. 1935 ff.] i. V. m. S. 293 ff. [N. 1028 ff.], 331 ff. [N. 1171 ff.], 577 [N. 1949], 599 [N. 2033], 611 ff. [N. 2070 ff.]). – Bis zum Ausser-Kraft-Treten des aArt. 73 Abs. 1 lit. a Ziff. 4 VwVG am 1. März 2000 (s. dazu FN. 26) wurden entsprechende Normkontrollverfahren mit Verwaltungsbeschwerde letztinstanzlich – unter Anwendungsvorbehalt des Grundsatzes der Kompetenzattraktion beim BGer. – vor dem Bundesrat eingeleitet. (Vgl. dazu KÖLZ/HÄNER, S. 267 f. [N. 763 ff.] i. V. m. S. 227 ff. [N. 637 ff.]).

Abs. 4 und 35 Abs. 1 und 2 BV) und das bundesstaatskollisionsrechtliche Unifizierungsprinzip des eidgenössischen Grundgesetzes in der Form der derogatorischen Kraft des Bundesrechts beziehungsweise das darin gewährleistete bundesverfassungsmässige Individualrecht (Art. 2 ÜbBest. aBV, Art. 49 Abs. 1 BV)<sup>78</sup> – gebiete eine Revision dieses kantonalen Rechtsregelbereichs.

Solche Revisionsüberlegungen beträfen thematisch vor allem folgende, hier um eines Abrisses willen tabellarisch und an Hand der kantonalzürcherischen Bestattungsordnung beispielhaft dargestellten Begräbnisbestimmungen, die sich motivisch, materiell, formell und final nicht mit den islamischen Beerdigungsvorschriften decken:

heit") und 15 ("Glaubens- und Gewissensfreiheit") BV; Art. 9 ("Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit") und 14 (Diskriminierungsverbot) der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (EMRK [SR 0.101 (von der Bundesversammlung am 3. Oktober 1974 genehmigt, vom Bundesrat am 28. November desselben Jahres mit gewissen Vorbehalten ratifiziert und für die Schweiz seit diesem Datum in Kraft); in der durch das Protokoll Nr. 11 vom 11. Mai 1994 (genehmigt von der Bundesversammlung am 12. Juni 1995, vom Bundesrat am 13. Juli desselben Jahres ratifiziert und für die Schweiz seit 1. November 1998 in Kraft) geänderten Fassung]); Art. 18 ("Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit"), 26 (Rechtsgleichheitsgebot und Diskriminierungsverbot), 27 (Minderheitsangehörigkeitsschutz) des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte vom 16. Dezember 1966 (UNO-Pakt II [SR 0.103.2 (von der Bundesversammlung am 13. Dezember 1991 genehmigt, vom Bundesrat am 18. Juni 1992 mit Vorbehalten - unter anderem zu Art. 26 ["Die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz und ihr Anspruch ohne Diskriminierung auf gleichen Schutz durch das Gesetz werden nur in Verbindung mit anderen in diesem Pakt enthaltenen Rechten gewährleistet."] - ratifiziert und für die Schweiz seit dem 18. September 1992 in Kraft)]); Art. 2 Abs. 1 lit. a und Art. 5 lit. d Ziff. vii (Diskriminierungsverbot und Rechtsgleichheitsgebot im Bereich der Glaubens-, Gewissensund Religionsfreiheit) des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 21. Dezember 1965 (SR 0.104 [von der Bundesversammlung am 9. März 1993 genehmigt, vom Bundesrat am 29. November 1994 mit Vorbehalten zu Art. 4 und 2 Abs. 1 lit. a ("Die Schweiz behält sich ihre Gesetzgebung über die Zulassung von Ausländerinnen und Ausländern zum schweizerischen Arbeitsmarkt vor.") ratifiziert und für die Schweiz seit dem 29. Dezember 1994 in Kraft]). - Zum Self-executing-Charakter dieser völkerrechtlichen Vertragsbestimmungen s. Kälin, Verfahren, S. 49, 51 f., 90 f.; Cottier/Wüger/Zellweger, S. 4 ff.; HÄFELIN/HALLER, Bundesverfassung, S. 74 (N. 235), 77 (N. 243 ff.); MÜL-LER/WILDHABER, S. 117 f., 182 ff. und die dort zitierte Völkerrechts-, Staatsrechtsund Verwaltungspraxis.

S. BGE 104 Ia 105 ff., 106 f. (E. 2a); 107 Ia 286 ff., 288 (E. 4a); 123 I 221 ff., 238 (E. 3d); s. auch BGE 122 I 18 ff., 20 ff. (E. 2b/aa); vgl. dazu auch die Botschaft des Bundesrates über eine neue Bundesverfassung vom 20. November 1996, in: BBI 149 (1997) I 1 ff., 215 f.; SCHWEIZER, Homogenität, S. 167 ff. (§ 10, N. 10 ff.).

#### Kantonalzürcherische Verordnung über Islamische Vorschriften über die Bestattungen vom 7. März 1963

(erlassen durch den Regierungsrat): (Zürcher Loseblattsammlung, Ordner 10, Ordnungsnummer 818.61)

### die Bestattung

#### Bestattungsart

(...) Einsargung

"Die Gemeinden veranlassen die Einsargung der Verstor- Die Verstorbenen sind grundsätzlich in benen."

"(…)"

§ 14 Aufbewahrung [der Toten]

"Die Aufbewahrung des Verstorbenen hat dem Zustand der Leiche entsprechend auf Kosten der Wohngemeinde zu erfolgen."

"In Verwesung übergegangene Leichen sind in besonders abgedichteten Särgen einzuschliessen."

Leichentücher zu hüllen.

#### Bestattungsfrist ....

§ 50 Wartefrist

> "Die Leichen sollen nicht früher als 48 Stunden und in der Regel nicht später als 96 Stunden nach dem Tode beerdigt (...) werden."

"Vorbehalten bleiben abweichende Anordnungen der Strafuntersuchungsbehörden oder der Bezirksärzte."

Die Bestattung hat grundsätzlich so rasch wie möglich zu erfolgen; jedoch keine Vorgabe sofortiger Beerdigung nach Todeseintritt oder bestimmter Wartefristen zwischen Abberufung und Beerdigung.

#### Bestattungszeitpunkt

Nicht geregelt

Die Beerdigung ist grundsätzlich jederzeit zulässig.

#### Totenruhe

§ 39 Ruhefrist

"Die Gräber dürfen nach Ablauf von 20 Jahren abgeräumt und neu belegt werden."

,,(...)"

Bis zur Auferweckung durch Gott geniessen die Verstorbenen grundsätzlich uneingeschränkte Grabruhe.

§ 40 Abräumung der Gräber

"Bei der Wiederbelegung von Gräbern sind allfällige Überreste früher bestatteter Leichen (...) in schicklicher Weise im gleichen Grab tiefer einzugraben oder an anderer Stelle im Friedhof zu beerdigen."

,,(...)"

Anlage und Vorsorge [von Friedhöfen]

"Die Gemeinden legen Friedhöfe an, deren Grösse der Einwohnerzahl anzupassen ist."

"Sie sichern sich rechtzeitig Land, falls mit einer Bevölkerungszunahme zu rechnen ist, die zusätzliche Friedhofflächen erfordert."

Kantonalzürcherische Verordnung über die Bestattungen vom 7. März 1963

Islamische Vorschriften über die Bestattung

#### Totenruhe

#### § 46 Aufhebung von Friedhöfen

- "Vor Ablauf der Ruhefrist dürfen keine Friedhöfe oder Friedhofteile aufgehoben werden."
- "Die Direktion des Gesundheitswesens kann aus wichtigen Gründen Ausnahmen bewilligen. Sie bestimmt gleichzeitig, wie dabei zu verfahren ist."

#### Exhumierung

#### § 41 Ausgrabungen

Bemerkung des Autors E. T.: islamkompatibel

#### Grabbeschaffenheit

#### § 36 Grabtiefe

Bemerkung des Autors E. T.: islamkompatibel

#### Grabrichtung

#### § 35 [Reihengräber in den] Grabfelder(n)

"In den Grabfeldern sind die Särge (...) nach der zeitlichen Reihenfolge der Bestattungen beizusetzen." (Absatznummerierung gemäss Ziff. I und II des Regierungsratsbeschlusses vom 20. Juni 2001 [Offizielle Gesetzessammlung des Eidgenössischen Standes Zürich (OS) 56, (Nr. 19) 613], in Kraft seit 1. August 2001.)

Die Richtung der Ruhestätte bestimmt sich grundsätzlich nach der Kaaba in Mekka.

#### Grabraum

#### § 21 bis Erdbestattung in Gemeindefriedhöfe(n)<sup>79</sup>

"Die Särge sind in einem Gemeindefriedhof beizusetzen."

Die prinzipiell in Leichentüchern zu bestattenden Verstorbenen sind im Allgemeinen auf Grabfeldern beizusetzen, die von nichtmuslimischen Begräbnisstätten getrennt sind.

#### § 22 [Erdbestattung in] Privatfriedhöfe(n)

<sup>1</sup> "Ausserhalb der Gemeindefriedhöfe dürfen keine Särge beigesetzt werden."

<sup>2</sup> "Bestehende Privatfriedhöfe können weiter benutzt werden."

3 "Die Direktion des Gesundheitswesens kann Religions-gemeinschaften die Neuanlage privater Friedhöfe erlauben."

S. dazu auch § 79 des Gesetzes über das Gesundheitswesen vom 4. November 1962 (Gesundheitsgesetz [Zürcher Loseblattsammlung, Ordner 10, Ordnungsnummer 810.1]).

### Kantonalzürcherische Verordnung über die Bestattungen vom 7. März 1963

#### Islamische Vorschriften über die Bestattung

#### Grabraum

§ 35 Grabfelder [in Gemeindefriedhöfen]

"Besondere Grabfelder dürfen nur eingerichtet werden für: Gräber von Erwachsenen, Kindern verschiedener Altersklassen; Gräber, die mit Grabsteinen und solche, die mit Grabplatten versehen werden; Urnen-Gemeinschaftsgräber und Urnen-Nischanlagen;

Gemeinschaftsgräber im Katastrophenfall."

"Darüber hinaus können Gemeinden besondere Grabfelder für Angehörige der gleichen Religionsgemeinschaft einrichten. Für solche Grabfelder darf von den übrigen Vorschriften dieser Verordnung nicht abgewichen werden." (Einfügung durch Ziff. I und II des Regierungsratsbeschlusses vom 20. Juni 2001 [Offizielle Gesetzessammlung des Eidgenössischen Standes Zürich (OS) 56, (Nr. 19) 613], in Kraft seit 1. August 2001.)

"Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über die Privatgräber (...) [§ 37]." (Absatznummerierung gemäss Ziff. I und II des gerade genannten Regierungsratsbeschlusses, in Kraft seit 1. August 2001.)

#### Grabpflege/Grabschmuck

§§ 38, 42 ff. Bepflanzung/Grabzeichen, (...)

Bemerkung des Autors E. T.: islamkompatibel

Obgleich die staatlichen Begräbnisnormen theoretisch alle in ihren Anwendungsbereich fallenden Rechtssubjekte gleichermassen betreffen, benachteiligen sie praktisch die Angehörigen der islamischen Religion infolge deren kulturellen Andersartigkeit, indem sie diese um der Staatsrechtstreue willen zur Anwendung islamausnahmerechtlicher Beerdigungsregelungen zwingen. Dies legt die Vermutung einer dem Bestattungsrechtssystem inhärenten Diskriminierung der in der Diaspora lebenden Muslime und Musliminnen beim Beerdigungsvorgang nahe, deren Stichhaltigkeit es im Folgenden in der nötigen Kürze zu prüfen gilt. 80

Gemäss Art. 5 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 8 Abs. 2 BV darf sämtliches staatliches Handeln niemanden diskriminieren, "namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse (...) (oder) der religiösen, weltanschaulichen (...) Überzeugung (...)". Auf die kantonale Bestattungsrechtsetzung übertragen, bedeutet dies für die bundesstaatlich zuständigen Gesetzgeber zur Vermeidung einer solchen qualifizierten Ungleichbehandlung

Vgl. dazu auch Kälin, Walter/Rieder, Andreas, "Bestattung von Muslimen auf öffentlichen Friedhöfen im Kanton Zürich". Gutachten im Auftrag des Kirchenratspräsidenten Pfarrer R. Reich, des Generalvikars von Zürich und Glarus, Weihbischof P. Henrici, und des Präsidenten der römisch-katholischen Zentralkommission des Kantons Zürich, Dr. R. Zihlmann, Bern 2000 (erstattet am 1. September).

von Rechtsunterworfenen mit Entwürdigungsfolge (!) oder -ziel (?) zwingend, in den zu regelnden tatsächlich untereinander vergleichbaren Verhältnissen zur Bestimmung unterschiedlicher Rechtsfolgen auf Anknüpfungen an Unterscheidungsmerkmale, wie sie in der eben genannten Verfassungsnorm beispielhaft aufgezählt sind und die nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts einen wesentlichen und nicht oder nur schwer aufgebbaren Bestandteil der Identität der betreffenden Normadressaten ausmachen, zu verzichten (Verbot der direkten Diskriminierung)81. Da die kantonalzürcherischen Verordnungsbestimmungen über die Bestattungen vom 7. März 1963 (Zürcher Loseblattsammlung, Ordner 10, Ordnungsnummer 818.61) nicht unmittelbar an in Art. 8 Abs. 2 BV verpönte Charakteristika anknüpfen, also zielgruppenneutral formulieren, liegt eine direkte Diskriminierung der Angehörigen des Islams im Gesetz von vornherein nicht vor. Hingegen stellt sich gerade in einer zusehends multikultureller werdenden Normenadressatenwelt mit ihrem sozial(sub)systemischem Potenzial zu Konflikten mit traditionellen staatlichen Grundwerten das Problem einer nach Art. 8 Abs. 2 BV (in dessen bundesgerichtlichen Interpretation) ebenfalls unzulässigen indirekten legislatorischen Diskriminierung, das heisst der gruppenspezifischen effektiven Ungleichbehandlung mit individuellem oder kollektivem Herabwürdigungseffekt durch formal zielgruppenneutrale Normen (Verbot der indirekten Diskriminierung)<sup>82</sup>. Ein Verstoss gegen das bundesverfassungsrechtlich verankerte Verbot der indirekten Diskriminierung läge demnach nur und gerade dann vor, wenn faktisch die kantonalzürcherischen Bestattungsregeln Angehörige der islamischen Religion individuell oder kollektiv im Vergleich zu den übrigen Normenadressaten sachlich ungerechtfertigt beträchtlich mehr träfen; also auch nicht mittelbar diskriminierend sind alle jene Bestattungsnormen, die eine tatsächliche, zur Verwirklichung der von ihnen anvisierten öffentlichen Interessen sachlich geeignete, erforderliche, ausgewogene und die Menschenwürde nicht

Zum Begriff der indirekten Diskriminierung s. BGE 126 II 377 ff., 393 f. (E. 6c); Kä-Lin, Grundrechte, S. 114; vgl. dazu auch Müller, Grundrechte, S. 441 ff.; Müller, Diskriminierungsverbote, S. 124 ff.; Häfelin/Haller, Bundesverfassung, S. 220 (N. 776). – Diese Rechtsfigur wurde vom BGer. bereits im Zusammenhang mit Art. 4 Abs. 2 aBV konstruiert (s. BGE 124 II 409 ff., 425, 428 f. [E. 7 und 9d]; 124 II 529 ff., 530 f. [E. 3a]).

Hinsichtlich der Definition der direkten Diskriminierung wird hier fast wörtlich BGE 126 II 377 ff., 393 (E. 6a); Kälin, Grundrechte, S. 107 gefolgt. Vgl. dazu auch Müller, Grundrechte, S. 410 ff.; Müller, Diskriminierungsverbote, S. 103 ff.; Häfelin/Haller, Bundesverfassung, S. 219 f. (N. 774). – Art. 8 Abs. 2 BV führt Art. 4 Abs. 1 Satz 2 aBV inhaltlich aktualisiert in moderner Sprache nach. (S. Botschaft des Bundesrates über eine neue Bundesverfassung vom 20. November 1996, in: BBI 149 [1997] I 1 ff., 142 f. i. V. m. 30; vgl. Weber-Dürler, S. 668 [§ 41, N. 23 f.].)

antastende Ungleichbehandlung von Muslimen/Musliminnen und Nichtmuslimen/Nichtmusliminnen bewirken (vergleiche Art. 8 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 7 und 36 BV).

Die normhierarchisch im Rahmen von Art. 53 Abs. 2 aBV durch Übertragung der Vollzugs- und Ausführungsgesetzgebungskompetenz an den Zürcher Regierungsrat (§ 82) aus dem am 4. März 1962 vom Zürcher Kantonsrat erlassenen Gesetz über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz [Zürcher Loseblattsammlung, Ordner 10, Ordnungsnummer 810.1]) fliessenden Regeln der Bestattungsverordnung vom 7. März 1963 verfolgen letztlich zwei Ziele: erstens die Förderung der Volksgesundheit und die Verhütung ihrer Gefährdung (§ 1 Gesundheitsgesetz) und zweitens die allgemeine Garantie der schicklichen Beisetzung auf unter staatlicher Hoheit stehenden Begräbnisplätzen<sup>83</sup> (Art. 53 Abs. 2 aBV; Art. 7, 42 Abs. 1 BV). Demnach soll in jedem konkreten Begräbnisfall ein Ausgleich zwischen den Interessen des/der Verstorbenen an einer schicklichen Bestattung und den Interessen der mit der Beisetzung befassten Rechtsgemeinschaft an einer der zeitgemässen sozialen Hygiene entsprechenden und öffentliches Ärgernis vermeidenden Grablegung stattfinden. Die für das Begräbnis zuständige bundesstaatliche Einheit ist zu einer maximalen Realisierung entweder der privaten oder öffentlichen Interes-

Sachenrechtlich handelt es sich bei einem Friedhof um einen unpersönlichen, körperlichen, räumlich abgegrenzten, rechtlich beherrschbaren, unbeweglichen Gegenstand zur Erfüllung der dem Staat von Bundesverfassungs wegen übertragenen Aufgabe der schicklichen Bestattung ausnahmslos aller ihm territorial zugeordneten und herrschaftsmässig unterstellten Menschen; demzufolge ist der Totenacker eine unter staatlicher Hoheit stehende öffentliche Sache bzw. je nach Benutzerkreisdefinition Sache im Verwaltungsvermögen oder Sache im Gemeingebrauch (vgl. Art. 655 Abs. 2 Ziff. 1 i. V. m. 943 Abs. 1 Ziff. 1 unter Vorbehalt von 944 i. V. m. 664 Abs. 1 und 3, Art. 6 ZGB). (Vgl. dazu Spöndlin, S. 8 ff., 19 ff.; Haab/Simonius/Scherrer/Zobl, S. 282 ff., besonders S. 283 f., 287 [N. 6]; SCHMID, Sachenrecht, S. 158 ff. [N. 815 ff.]; REY, S. 40 f. [N. 147 ff.] i. V. m. 45 ff. [N. 177 ff.], 49 f. [N. 193]; SCHMID, Personenrecht, S. 99 [N. 414 ff.].) Organisationsrechtlich stellt der Friedhof je nach seiner Einbindung in die staatliche Verwaltung regelmässig eine öffentlichrechtliche Anstalt (s. zu diesem Begriff nur Häfelin/Müller, S. 272 ff. [N. 1042 ff.]) oder ausnahmsweise ein blosses privatrechtlich (durch einen Verein saktuell z. B. den Privatfriedhofverein zur Hohen Promenade Zürich (s. dazu ILLI) oder potenziell z. B. die Vereinigung der islamischen Organisationen in Zürich (VIOZ) (vgl. Zweckartikel 2 Abs. 1 der Statuten, wonach in der Stadt Zürich die Errichtung eines islamischen Friedhofes bezweckt wird.)] oder eine Stiftung [potenziell z. B. durch die Stiftung Schweizerischer Islamischer Friedhöfe (vgl. Zweckartikel 4 der öffentlichen Urkunde, wonach die "gemeinnützige Verwirklichung und Verwaltung von islamischen Friedhöfen in der Schweiz" bezweckt wird) oder die Stiftung Islamische Gemeinschaft Zürich (vgl. Zweckartikel 3 Abs. 2 der Statuten, wonach die Errichtung eines islamischen Friedhofes in der Stadt Zürich bezweckt wird)]) verwaltetes Grundstück dar. (Vgl. dazu Spöndlin, S. 81 ff.; Remund, S. 71 ff., 131 ff.)

sen weder verpflichtet noch berechtigt; sie hat allein die optimale Verwirklichung beider Interessen zu wahren; ein öffentlichrechtlicher Anspruch der Muslime/Musliminnen gegenüber dem Staat auf Beihilfe zur (maximalen) Verwirklichung der islam(grundsatz)rechtskonformen Bestattung besteht nicht.

Da diese staatlichen Bestattungsnormen in und für einen christlich geprägten Kulturraum zu einer fast muslimfreien Zeit<sup>84</sup> konzipiert wurden, bleiben die Interessen der sich heute im Kanton aufhaltenden Angehörigen der islamischen Religion<sup>85</sup> rechtssatzmässig unberücksichtigt, was sich tatsachenmässig nachteilig auf die Umsetzung ihrer Bestattungsvorstellungen auswirkt. Gerechtfertigt wäre diese juristische gruppenspezifische Schlechterbehandlung im Beerdigungsgeschehen allein dann, wenn

S. die statistischen Werte für 1970 bei BURKHALTER, S. 25 i. V. m. Bundesamt für Statistik (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch der Schweiz/Annuaire statistique de la Suisse, Zürich 2001, S. 66: 16'353 Angehörige der islamischen Religion bei einer Wohnbevölkerung von 6'269'800.

Gemäss Angaben von AL ASHMAWI, S. 25 rund 30'000 im Jahr 1990 und nach Schätzungen Mitte des Jahres 2001 ungefähr 40'000 (s. Neue Zürcher Zeitung vom 29. Juni 2001, Nr. 148, S. 45) und zu Beginn des Jahres 2002 etwa 50'000-60'000 (s. Neue Zürcher Zeitung vom 27. Februar 2002, Nr. 48, S. 43. – Gesamtschweizerisch werden sie nach Angaben von muslimischer Seite aus dem Jahr 2001 auf zirka 200'000-250'000 geschätzt. (Für die erstere Zahl Abd-Allah L. Meyers [Präsident des Stiftungsrates der Stiftung Schweizerischer Islamischer Friedhöfe] in einem Brief vom 29. Juni 2001 an den Autor E. T., S. 1 und für die letztere Zahl AL ASHMAWI, S. 26.) Erste, vom Bundesamt für Statistik am 22. Januar 2002 veröffentlichte, vorläufige Resultate der eidgenössischen Volkszählung 2000 (Erhebungsstichtag ist nach Art. 9 der Verordnung über die eidgenössische Volkszählung 2000 vom 13. Januar 1999 [SR 431.112.1] der 5. Dezember 2000) betreffend die islamische Zugehörigkeit von Personen der schweizerischen Wohnbevölkerung weisen im Vergleich zu den entsprechenden, endgültigen Daten der eidgenössischen Volkszählung 1990 (Zählungsstichtag ist nach Art. 6 der Verordnung über die Eidgenössische Volkszählung 1990 vom 26. Oktober 1988 [AS 1988 II 1915 ff., 1917] der 4. Dezember 1990) eine deutliche quantitative Zunahme der Muslime und Musliminnen auf: Gehörten nach den Erhebungen von 1990 dem Islam absolut 152'200 Personen - wovon rund 7'700 (das heisst etwa 5 %) mit schweizerischer Staatsangehörigkeit - beziehungsweise relativ 2,2 % der Wohnbevölkerung an (s. Bundesamt für Statistik [Hrsg.], Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2001/Annuaire statistique de la Suisse 2001, Zürich 2001, S. 694, Fig. 16.2.), so nach den Umfragen von 2000 mehr als 310'000 - wovon zirka 40'000 (das heisst etwa 13 %) mit Schweizer Bürgerrecht - respektive 4,5 %. (Bundesamt für Statistik. Informationsdienst, Pressemitteilung Nr. 0350-0200-70, Neuenburg im Januar 2002, S. 3 i. V. m. HAUG, WERNER, Präsentation, in: Bundesamt für Statistik [Hrsg.], Räumliche und strukturelle Bevölkerungsdynamik der Schweiz 1990-2000, S. 1.3 und WANNER, PHILIPPE, Entwicklung der Bevölkerungsstruktur in den 90er-Jahren und heutige kulturelle Vielfalt, in: Ebd., S. 21.) Nach aktueller Schätzung von Sami A. Aldeeb Abu-Sahlieh leben zu Beginn des Jahres 2002 rund 450'000 Muslime und Musliminnen in der Schweiz. (ALDEEB, Les musulmans, S. 15.)

sie zur Umsetzung des Zweckes der Volksgesundheit und schicklichen Bestattung aus triftigen objektiven Gründen geeignet, erforderlich und angemessen wäre (vergleiche Art. 8 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 36 BV). Doch mangelt es – bei den meisten (tabellarisch aufgeführten) Bestattungsbestimmungen – bereits an deren stichhaltigen Rechtfertigung: Allein die Anordnung einer minimalen und maximalen Begräbniswartefrist ist aus den schwerwiegenden polizeilichen Interessen der Sittlichkeit, Ordnung, Sicherheit und Gesundheit durchaus angezeigt. Es leuchtet aber nicht ein, dass bei der Erdbeisetzung allein die Sargbestattung dem aktuellen Hygiene- und Schicklichkeitsstandard entsprechen soll; es ist nicht evident, dass nur die Reihengrablegung und das allgemeine Grabfeld die Beerdigungsschicklichkeit garantieren sollen; es überzeugt nicht, dass lediglich eine Totenruhebefristung das Ausmass der materiel-

Z. B. zur Abklärung der Todesursache und Seuchengefahr (Leichenschau [vgl. § 6 der kantonalzürcherischen Verordnung über die Bestattungen vom 7. März 1963]), zur Beurkundung und öffentlichen Bekanntmachung des Personenstandes (vgl. Art. 74 ff. der Zivilstandsverordnung vom 1. Juni 1953 [SR 211.112.1] und §§ 8 und 9 der kantonalzürcherischen Verordnung über die Bestattungen vom 7. März 1963), zum Erweis der Totenehre (vgl. § 14 kantonalzürcherischen Verordnung über die Bestattungen vom 7. März 1963).

Die Leichenverrottung wird vielmehr durch eine Bestattung in Tüchern beschleunigt, wodurch das Risiko einer Beeinträchtigung der Volksgesundheit eher gebannt ist. So auch die Verwaltung des Friedhofes Hallo in Essen (Deutschland), zit. in: KOKKE-LINK, S. 72. – Zur Möglichkeit sargloser Beisetzung nach islamischem Ritus auf kommunalen Friedhöfen in Deutschland s. ŞEN/AYDIN, S. 111; so in den Städten Essen (vgl. E-Mail von Herrn Thomsen [Leiter der Abteilung Friedhofswesen der Stadt Essen] <joachim.hueser@gruenflaechenamt.essen.de> [gesendet am 23. April 2002]: "In Essen wird grundsätzlich die sarglose Beisetzung toleriert. Es gibt [aber] keine gesetzliche Grundlage, sondern lediglich das Einverständnis des Gesundheits- und Ordnungsamtes.") und Aachen (nach inhaltlicher Kombination der brieflichen Mitteilung der städtischen Verwaltung Aachen vom 2. Mai 2002 mit der telefonischen Auskunft des Islamischen Zentrums Aachen (Bilal Moschee, Professor-Pirlet-Strasse 20, 52074 Aachen) vom 28. Mai 2002 dürfen auf dem Friedhof Hüls Muslime und Musliminnen sarglos in Leichentüchern eingehüllt beigesetzt werden, nachdem sie allerdings in einem Sarg zum Grab gebracht worden sind).

Die Bestattung nach der zeitlichen Reihenfolge auf allgemeinen Grabfeldern entspricht sinnfällig dem historisch orientierten Sinn des Art. 53 Abs. 2 Satz 2 aBV als eines Nichtdiskriminierungsrechtssatzes (s. vorne FN. 34): Vermeidung sichtbarer postmortaler Stigmatisierung ideologischer Nonkonformisten in einer Monokulturgesellschaft durch räumliche Isolierung. (S. dazu RASELLI, S. 1104 f.; vgl. auch MAECHLER, S. 94 f.; REMUND, S. 46.) Der präsentischen Sachlage des qualitativen Begräbnisbedarfs in einer durch transkontinentale Migration markierten Multikulturgesellschaft wird dieser Gehalt allerdings nicht gerecht, sind es doch die Minoritäten selbst, welche die Abgrenzung zur Wahrung ihrer Gruppenidentität freiwillig suchen; insofern sind die einst als Nichtdiskriminierungsnormen zu Gunsten ideologischer Nonkonformisten oder Minderheiten konzipierten Reihengrabrechtssätze obsolet und sogar diskriminierungsverdächtig geworden, weil jetzt zu Lasten von Minoritäten!

len und ideellen Grabraumemissionen beschränken soll<sup>89</sup>. Folglich diskriminieren die staatlichen Begräbnisregeln betreffs Einsargung, Ruhefrist, Grabrichtung und Grabfelder die Angehörigen der islamischen Religion mittelbar; die entsprechenden Normbereiche sind so zu bereinigen, dass sie den Muslimen/Musliminnen die Ausübung ihres Bestattungsritus im Grundsatz nicht mehr verhindern. Die für das Begräbniswesen zuständige bundesstaatliche Einheit ist damit minimal verpflichtet, die Bestattung nach islamischem Grundsatzrecht zu garantieren; es besteht für die Muslime/Musliminnen also nur, aber immerhin ein öffentlichrechtlicher Anspruch gegenüber dem Staat auf Beihilfe zur Ermöglichung der islam(grundsatz)rechtskonformen Bestattung. - Dem versucht der Regierungsrat des Kantons Zürich mit Beschluss vom 20. Juni 2001 betreffend Änderung der Verordnung über die Bestattungen in § 35 ansatzweise durch Einfügen eines neuen Absatzes 2 (in Kraft seit 1. August 2001), der die Gemeinden in Satz 1 als Kann-Vorschrift in den Schranken des objektiven Rechts befugt (aber nicht verpflichtet), auf deren Friedhöfen besondere Grabfelder für Angehörige der gleichen Religionsgemeinschaft einzurichten. 90

613. - Die Kann-Vorschrift ist als rechtspolitisches Resultat eines im Dezember 1998

Eine juristisch unbefristete Totenruhe ist umwelt- und raumplanungsgrundsätzlich solange unbedenklich, als die Extensität des Friedhofareals das Verhältnis zwischen der Natur und deren Erneuerungsfähigkeit einerseits und deren Beanspruchung durch die Rechtsgemeinschaft im Bestattungswesen andererseits nicht dauerhaft einschneidend stört (vgl. Art. 73 BV); sie ist sachenrechtlich solange vertretbar, als die Kapazität des Totenackergeländes als öffentlicher Sache durch derartige Grabbelegungen im Sinne unbefristeter Sondernutzungen nicht antigerontosozialstrukturell reduziert wird respektive als der bundesstaatlichen Einheit eine der gesellschaftlichen Alterstrukturentwicklung adäquate Begräbnisplatzverfügungsmarge belassen wird; und sie ist anstaltsrechtlich solange unproblematisch, als ein offener Benutzungszugang gewährleistet bleibt beziehungsweise als der Friedhof (nach dem Grundsatz "ultra vires posse nemo obligetur") nicht durch solche Grabbelegungen im Sinne unbefristeter Sondernutzungen seines Fassungsvermögens allmählich für immer verlustig geht. Entscheidend für ein gemeinverträgliches Ausmass materieller und ideeller Grabraumemissionen ist allein das (für die Friedhofflächenvorsorge relevante) quantitative Verhältnis zwischen bestatteten sterblichen Überresten und lebenden Menschen in der für das Begräbniswesen zuständigen bundesstaatlichen Einheit. Rechtsvorschriften mit Bezug auf den zeitlichen Relationsaspekt können allerdings mangels zwingend räumlichem Konnex einen solchen Emissionsgrad rechtslogisch nicht primär garantieren und greifen in Form der Totenruhefristrechtsregel erst postventiv und bei der wachsenden sozialen Überalterung mit steigendem Totenackerbedarf gar post festum; es sind vor allem Rechtsnormen im Zusammenhang mit dem sachlichen, persönlichen und örtlichen/räumlichen Verhältnisgesichtspunkt wie die Bestattungsart-, Leichenverwahrungs- und Grabbeschaffenheitsrechtsregeln, die als direkt raumwirksame Normen die Gemeinverträglichkeit des Emissionsausmasses bereits präventiv und stets gerontosozialstrukturadäquat gewährleisten können. Offizielle Gesetzessammlung des Eidgenössischen Standes Zürich (OS) 56, (Nr. 19)

durch die Gesundheitsdirektion bei den Gemeinden und Religionsgemeinschaften des Kantons Zürich eingeleiteten Vernehmlassungsverfahrens zur Abklärung des Bedarfs einer Bestattungsverordnungsrevision zu verstehen (s. Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich. Sitzung vom 27. Januar 1999 Nr. 415/1998]; Kantonale Informationsstelle [Hrsg.], Pressemitteilung der Gesundheitsdirektion vom 14. September 1999: Vorläufig keine Änderung der Bestattungsverordnung; Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich. Sitzung vom 20. Juni 2001; Kommunikationsabteilung des Regierungsrates des Kantons Zürich [Hrsg.], Medienmitteilung vom 28. Juni 2001 [Aus den Verhandlungen des Regierungsrates. Sitzung vom 27. Juni 2001]. Revision der Bestattungsverordnung [§ 35] – Gemeinden dürfen separate Grabfelder für Religionsgemeinschaften einrichten; vgl. HERZOG, S. 105 ff.; DURAN; Neue Zürcher Zeitung vom 29. Juni 2001, Nr. 148, S. 45) und verkörpert ein organisationsrechtliches Pendant zur materiellrechtlichen Schicklichkeitsbestimmung. Mit ihr wird dem zuständigen kommunalen Rechtsetzungsorgan ein rechtsordnungskonform zu sein habendes Entschliessungsermessen (zu diesem Begriff s. Häfelin/Müller, S. 85 ff. [N. 344 ff.]; TSCHAN-NEN/ZIMMERLI/KIENER, S. 139 ff.) bezüglich der Einrichtung besonderer Religionsgemeinschaftsgrabfelder auf Gemeindefriedhöfen eingeräumt. Angesichts der in Art. 35 Abs. 1 und 2 BV verankerten Grundrechtsgeltungsverschaffungspflicht, Grundrechtsbindung und Grundrechtsrealisierungsbeitragspflicht aller Organe sämtlicher bundesstaatlichen Gemeinwesen (s. dazu die Botschaft des Bundesrates über eine neue Bundesverfassung vom 20. November 1996, in: BBI 149 [1997] I 1 ff., 191 ff.; MÜLLER, Bemerkungen, S. 633 ff. [§ 39, N. 29 ff.]) sind die kommunalen Rechtsetzungsorgane in ihrer kantonalrechtlich ermöglichten und gebotenen Billigkeitsentscheidung freilich grundsätzlich beschränkt; eine Abweisung der Einrichtung eines muslimischen Grabfeldes auf einem kommunalen Totenacker ist schliesslich nur dann beschwerderesistent, wenn sie - praktisch wohl fast ausgeschlossen - auch grundrechts(eingriffs)kompatibel erfolgt. – Mittlerweile hat die Stadt Zürich die legislatorischen Vorbereitungen zur Einrichtung eines friedhofkreiseübergreifenden besonderen Grabfeldes für entweder vor dem Tod zuletzt in ihr wohnhaft oder aufenthaltsberechtigt gewesene oder in ihr verstorbene, aber auswärtig wohnhaft gewesene und sowohl mangels Aufkommen durch Dritte als auch infolge städtischen Verzichts auf Überführung in deren letzte Wohngemeinde nicht rücktransportierbare Musliminnen und Muslime auf dem Begräbnisstättenareal Witikon durch Änderung der stadträtlichen Verordnung über das Bestattungswesen und die Friedhöfe vom 25. Juni 1971 mit Beschluss des Stadtrates vom 3. April 2002 getroffen. Mit Rechtswirksamkeit ab dem 1. Juli 2002 hält die eben genannte Verordnung unter anderem neu in Art. 23 Abs. 4 generell-abstrakt fest, dass "(b)esondere Grabfelder für Angehörige der gleichen Religionsgemeinschaft [welche die Voraussetzungen des Beisetzungsanspruchs nach Art. 22 Abs. 1 lit. a, d und e (in der Fassung vom 3. April 2002) erfüllen] (...) nicht der Friedhofkreis-Einteilung [Art. 23 Abs. 1–3] (unterliegen)" (s. Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich. Sitzung vom 3. April 2002 [kantonalrechtsirrtümlicherweise stellt der Stadtrat in seinem Beschluss unter Ziff. 2 das Inkrafttreten der Änderungen unter den Vorbehalt der Genehmigung durch die kantonale Gesundheitsdirektion (§ 4 Abs. 2 der Kantonalzürcherischen Verordnung über die Bestattungen vom 7. März 1963 [erlassen durch den Regierungsrat] [Offizielle Gesetzessammlung des Eidgenössischen Standes Zürich (OS) 41, 394 ff., 394]: "Die Verordnungen der Gemeinden bedürfen der Genehmigung der Direktion des Gesundheitswesens" wurde mit Regierungsratsbeschluss vom 25. Mai 1988 [OS 50, 469 f.] auf den 1. Juli desselben Jahres aufgehoben); "(d)ie Verordnung tritt (also geDa das Begräbnis ritueller Bestandteil der muslimischen Lebens(w)endepastoral ist, mithin ein Element des islamischen Kultusspektrums darstellt, dessen individueller und kollektiver Vollzug zum einen auf nationaler Ebene basal durch Art. 15 Abs. 1 BV im Allgemeinen und durch dessen Abs. 2 im Besonderen und zum andern auf internationaler Ebene durch Art. 9 EMRK und Art. 18 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte vom 16. Dezember 1966 (UNO-Pakt II [SR 0.103.2])<sup>91</sup> geschützt wird, unterliegen die kantonalen Bestattungsnormen zufolge Art. 49 Abs. 1 BV in Verbindung einerseits mit Art. 35 Abs. 1 und 2 BV und anderseits mit Art. 5 Abs. 4 BV unter Beachtung der in der Praxis und Doktrin anerkannten Regeln zur Völkerrechtsprimatsfrage<sup>92</sup> auch dem Zwang der (interpretatorischen oder revisorischen) Religionsfreiheitsverfassungsrechts- und -völkerrechtskonformierung. Gerade das

nehmigungslos) definitiv per 1. Juli 2002 in Kraft" (SERGIO GUT [Bestattungs- und Friedhofamt der Stadt Zürich], E-Mail <Sergio.Gut@bva.stzh.ch> [gesendet am 30. Mai 2002])]). Nach Aussagen von Herrn Sergio Gut (Bestattungs- und Friedhofamt der Stadt Zürich) "läuft die Planung der muslimischen Grabfelder bestens"; es "(sollten) (g)egen Ende des Jahres [2002] oder im Laufe des Frühjahrs 2003 (...) die ersten Beisetzungen(en) erfolgen können" (gemäss E-Mail <Sergio.Gut@bva.stzh.ch> [gesendet am 16. April 2002]). (Zum ideellen und reellen Werdegang dieser Bestattungsrechtslage s. die Interpellation des Gemeinderates Patrick Blöchlinger [SD] betreffend Friedhöfe, Einrichtung muslimischer Grabfelder vom 4. Juli 2001 [GR-Nr. 2001/384]: "Ich bitte den Stadtrat, folgende Fragen zu beantworten: 1. Wo sollen Grabfelder für Muslime eingerichtet werden? [...]"; Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich. Sitzung vom 23. Januar 2002 [GR-Nr. 2001/384]: "Auf den Antrag des Stadtpräsidenten beantwortet der Stadtrat die Interpellation wie folgt: Zu Frage 1: Es ist geplant, ein Grabfeld im städtischen Friedhof Witikon einzurichten." [Fettdruck bereits im zitierten Text]; Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich. Sitzung vom 3. April 2002 [an dieser Stelle sei Herrn Sergio Gut (Bestattungs- und Friedhofamt der Stadt Zürich) für die Zusendung dieses Dokumentes gedankt]; Neue Zürcher Zeitung vom 27. Februar 2002, Nr. 48, S. 43.)

Da diese Völkerrechtsnormen mit den bundesverfassungsmässigen Individualrechtsnormen materiell assoziiert und als self-executing (hierzu die Botschaft des Bundesrates betreffend den Beitritt der Schweiz zu den beiden internationalen Menschenrechtspakten von 1966 und zu einer Änderung des Bundesrechtspflegegesetzes vom 30. Januar 1991, in: BBI 143 (1991) I 1189 ff., 1202 f.; vgl. ergänzend zu den Voraussetzung der unmittelbaren Anwendbarkeit von staatsvertraglichen Normen im Allgemeinen die in FN. 77 angegebene Literatur und aus der Entscheidgeschichte des BGer. z. B. BGE 118 Ia 112 ff., 116 f. [E. 2b]; 119 V 171 ff., 175 und 177 ff. [E. 3b und 4a und b]; 120 Ia I ff., 10 ff. [E. 5]; 121 V 246 ff., 248 ff. [E. 2b–e]; 124 III 90 ff., 91 f. [E. 3a]) qualifiziert werden (können), geht ein formeller Parallelismus diesbezüglicher Verletzungsrügen einher (in Anlehnung z. B. an BGE 101 Ia 67 ff., 69 [E. 3c]; 120 Ia 247 ff., 254 f. [E. 5]).

S. dazu VPB 1989 H. 4 (Nr. 54) 393 ff.; besonders 401 ff.; Botschaft des Bundesrates über eine neue Bundesverfassung vom 20. November 1996, in: BBI 149 [1997] I 1 ff., 134 f.; BGE 125 II 417 ff., 424 ff. (E. 4c–d); MICHEL, S. 68 ff. (§ 4, N. 23 ff.) mit Hinweisen auf die Literatur auf S. 68 in Anm. 15.

ehemals Art. 49 und 50 aBV und bundesverfassungsreformatorisch nachgeführt<sup>93</sup> Art. 15 BV inhärente und nach dem Bundesgericht als verfassungsmässiges Individualrecht ausgestaltete94, nicht absolut geltende95 Sollens-Prinzip der religiösen und weltanschaulichen Neutralität des Staates und das Seins-Prinzip der zunehmenden interkulturellen Konstruktion sozialer Wirklichkeit mit bewusster oder unbewusster subjektiv-intersubjektiver Assoziation zu bestimmten religiösen oder ideologischen Konzepten verlangen von säkularen Organen einer bestattungsrecht-(sdurch)setzungskompetenten bundesstaatlichen Einheit, bei Entscheidungen betreffend das Beerdigungswesen im Spannungsgrundrahmen von Art. 35 und 36 BV sämtliche ihnen in ihrem Aktionsradius erkennbare religiöse und ideologische Begräbnisvorstellungen zu berücksichtigen. 96 Die Angehörigen muslimischer Glaubens- und Kultusgemeinschaften haben damit einen öffentlichrechtlichen Anspruch auf Beachtung des islamischen Bestattungsritus bei der hoheitlichen Regelung und Anwendung der Benutzungsordnung von unter staatlicher Verfügung stehenden Totenäckern; das bestattungskompetente Gemeinwesen ist insofern im Rahmen seiner faktischen und juristischen Möglichkeiten zu einer generell-abstrakten und individuell-konkreten säkularen Begräbnisrechtsgestaltung verpflichtet, die den für die Verankerung und Entfaltung des islamischen Beerdigungsrituals im hiesigen Spektrum der religiösen Übergangsriten günstigen Rahmen darstellt<sup>97</sup>.

S. Botschaft des Bundesrates über eine neue Bundesverfassung vom 20. November 1996, in: BBI 149 [1997] I 1 ff., 156.

BGE 118 Ia 46 ff., 53 und 58 (E. 3b und 4e/aa); 123 I 296 ff., 308 f. (E. 4b/bb); Entscheid des Bundesgerichts vom 2. September 1997 in Sachen US SA und R. gegen Kanton Genf, in: RDAF 54 (1998) I 162 ff., 176 (E. 4).

Vgl. z. B. BGE 113 Ia 304 ff., 307 (E. 4c); 116 Ia 252 ff., 258 f. (E. 5d); Entscheid des Bundesgerichts vom 24. Oktober 1994 in Sachen B. gegen Kanton Tessin, in: RDAT 1995 I (Nr. 48) 119 ff., 120 (E. 2b).

Unter Bezugnahme auf BGE 118 Ia 46 ff., 58 (E. 4e/aa); 123 I 296 ff., 308 (E. 4b/bb); 125 I 347 ff., 354 f. (E. 3a); Entscheid des Bundesgerichts vom 2. September 1997 in Sachen US SA und R. gegen Kanton Genf, in: RDAF 54 (1998) I 162 ff., 176 (E. 4).

Aus Gründen der Praktikabilität drängt sich in der Rechtsetzung und -anwendung ein Verzicht auf Beachtung allzu subtiler religionsgruppenspezifischer Differenzierungen hinsichtlich der Elemente des Bestattungsrituals beziehungsweise die Beschränkung auf Berücksichtigung eines diesbezüglichen gesamtislamischen Minimalstandards auf. (Analog in Bezug auf das Freitagsgebet in einer Strafanstalt BGE 113 I 304 ff., 307 f. [E. 4d]: "Unter dem Gesichtspunkt beschränkter räumlicher und organisatorischer Möglichkeiten kann es sich rechtfertigen, nicht jeder Glaubensgemeinschaft, die dies wünscht, einen eigenen Gottesdienst zu gestatten. Insofern kann es als zulässig erscheinen, Angehörige verwandter Konfessionen auf interkonfessionelle Feiern zu

· 1966年, 196

#### 5 Schluss: Für eine säkularstaatlich gewahrte menschenwürdige Bestattung mit staatlich gewährleistetem islamischem Ritualspielraum!

Die kantonalzürcherische Bestattungsverordnung zeigt angesichts ihrer letzten Änderung vom 20. Juni 2001 paradigmatisch, wie der staatliche Ausstieg aus einem monokulturellen Begräbniswesen nicht ohne Not vorangeht. 98 Der faktisch-praktische Einfluss der römisch-katholischen und

verweisen." [307] "Genauso wie Angehörige kleinerer christlicher Sekten auf eine gemeinsame christliche Feier verwiesen werden können, kann dies [eine gemeinsame islamische Feier] ohne Verstoss gegen die Kultusfreiheit auch für Moslems verschiedener Glaubensrichtungen geschehen." [308] [Hervorhebungen vom Autor E. T.])

Ausser dem Kanton Zürich zollen nur gerade zwei weitere Kantone de lege lata Respekt vor der Bundesverfassung in islamischen Bestattungs(kultus)fragen, nämlich Basel-Stadt seit der am 5. Januar 1997 in Kraft getretenen Änderung des Gesetzes betreffend die Bestattungen vom 9. Juli 1931 (Systematische Gesetzessammlung des Kantons Basel-Stadt 390.100) durch Beschluss des Grossen Rates vom 20. November 1996 in den §§ 7 Abs. 1 Ziff. 2 lit. c, 8 Abs. 1 e contrario, 9 Abs. 4 (s. auch §§ 32 Abs. 2 e contrario, 40 Abs. 1 und 41 Abs. 2 der seit dem 9. April 1999 rechtswirksamen regierungsrätlichen Verordnung über das Bestattungs- und Friedhofwesen vom 30. März 1999 [Friedhofordnung (Systematische Gesetzessammlung des Kantons Basel-Stadt 390.110]) und Bern auf kommunaler Ebene in der Stadt Bern seit dem am 26. August 1999 in Kraft getretenen Friedhofreglement der Stadt Bern (Friedhofreglement [FHR] [Systematische Sammlung des Stadtrechts Bern 556.5]) in den Art. 3, 6 Abs. 1 lit. h, 7 Abs. 3 und 11 (s. auch Art. 11 und 13 Abs. 2 der seit dem 1. August 2000 rechtswirksamen gemeinderätlichen Verordnung zum Friedhofreglement der Stadt Bern vom 21. Juni 2000 [Friedhofverordnung (FHV) (Systematische Sammlung des Stadtrechts Bern 556.51)]). Im Kanton Genf besteht entgegen dem dort in Kraft stehenden Begräbnisrechtssystem (s. Loi sur les cimetières vom 20. September 1876 [Recueil officiel systématique de la législation genevoise en vigueur, K 1 65] [s. v. a. Art. 4 Abs. 3 bis 5 und Art. 8] und Règlement d'exécution de la loi sur les cimetières vom 16. Juni 1956 [Recueil officiel systématique de la législation genevoise en vigueur, K 1 65.01] [s. v. a. Art. 4 Abs. 3, Art. 6 und 7]) in der Stadt Genf im Widerspruch zum dort geltenden Friedhofs- und Krematoriumsreglement (Règlement des cimetières et du crématoire de la Ville de Genève vom 6. August 1968 [s. v. a. Art. 30 Abs. 1 Ziff. 3 i. V. m. Art. 26, 27, 29, 33, 35, 40, 41, 45 und 46) auf dem Friedhof Petit-Saconnex seit 1979 mit Entscheid des städtischen Regierungsrates (conseil administratif) ein bis zu dessen Kapazitätsauslastung benutzbares muslimisches Gräberfeld (Genaueres dazu in Mémorial des séances du conseil municipal de la Ville de Genève 149 [1992] 3130 ff. [Sitzung vom 4. März 1992, Traktandum 13]; 149 [1992] 3826 ff. [Sitzung vom 8. April 1992, Traktandum 3]; 150 [1993] 977 ff. [Sitzung vom 15. September 1993, Traktandum 4]); ein vom städtischen Sozial-, Schul- und Umweltdepartement im Auftrag des Stadtrates an den städtischen Regierungsrat vom 12. Oktober 1999 zuhanden des Staatsrates ausgearbeitetes, bislang allerdings stadtverwaltungsintern gebliebenes Memorandum unter dem Titel "Revision des Genfer Gesetzes über die Friedhöfe" ("Révision de la loi genevoise sur les cimetières") vom 30. März 2000 – für dessen Zustellung sei an dieser Stelle Frau lic. iur. Marie-Françoise Lücker-Babel (Département municipal des affai-

res sociales, des écoles et de l'environnement) herzlich gedankt – zielt nun mit einem neuen Art. 2 Abs. 1 ("Les lieux de sépulture sont, sous réserve de l'article 4 al. 1, accessibles à toute personne sans distinction d'origine ou de religion." [bisheriger Abs. 1 wird neu Abs. 2]), einem neuen Art. 8 Abs. 2 lit. c ("les emplacements que l'autorité municipale peut attribuer à des groupes religieux minoritaires.") und durch Aufhebung des Art. 4 Abs. 3 auf eine bundesverfassungsrechtskonforme, ergo islamisches Sepulkralritual de iure zulassende Abänderung des kantonalen Friedhofgesetzes vom 20. September 1876 (s. Mémorial des séances du conseil municipal de la Ville de Genève 156 [1999] 1432 ff. [Sitzung vom 12. Oktober 1999, Traktandum 6], hier 1456 [s. auch 156 (1999) 2943 ff. (Sitzung vom 12. Januar 1999, Traktandum 12)] Département municipal des affaires sociales, des écoles l'environnement, Mémorandum "Révision de la loi genevoise sur les cimetières" vom 30. März 2000 und Brief des ehemaligen Staatsrates Gérard Ramseyer an den Autor E. T. vom 21. Juni 2001, S. 2: "En dépit de la volonté manifestée récemment par le législateur cantonal [de maintenir le principe de la laïcité (vgl. ebd., S. 1)], la Ville de Genève a récemment fait savoir qu'elle souhaitait une nouvelle révision de la loi cantonale. Le dossier a été évoqué à plusieurs reprises au Conseil d'Etat mais, en l'état actuel, aucun projet de loi n'a été formellement déposé [Hervorhebung vom Autor E. T.]."). - In der Konsequenz werden die sterblichen Hüllen der in der Schweiz verstorbenen ausländischen Muslime und Musliminnen nicht selten in deren Herkunftsländer mit Möglichkeiten zur Bestattung nach islamischem Ritus kostspielig überführt; Schweizer Bürger und Bürgerinnen, die sich zum Islam bekennen, werden so faktisch postmortal des Landes verwiesen (vgl. Art. 25 Abs. 1 Halbsatz 1 BV [zu dieser Bestimmung s. die Botschaft des Bundesrates über die neue Bundesverfassung vom 20. November 1996, in: BBI 149 (1997) I 1 ff., 170 f.; Häfelin/Haller, Bundesverfassung, S. 169 f. (N. 585 ff.)]). – Zur neuesten bestattungsrechtspolitischen Entwicklung in anderen Kantonen s. Neue Zürcher Zeitung vom 19. Februar 2002, Nr. 41, S. 12. Im Kanton St. Gallen – z. B. – ist beim Stadtrat des Hauptortes ein mit 12. September 2001 datiertes Postulat der Grossgemeinderätinnen Veronica Hälg-Büchi und Felice Helfenstein-Klaus (beide CVP) unter dem Titel "Die städtischen Friedhöfe" mit dem Antrag, dass "(d)er Stadtrat (...) beauftragt (werde), das [bzw. sein] Reglement über das Bestattungs- und Friedhofwesen [vom 7. Januar 1992] zu überarbeiten und abzuändern", und unter anderem aus dem Begehren heraus, dass zu "prüfen (sei), ob den religiösen Bestattungsnormen anderer Religionen [das heisst wohl nicht christlicher, vorab islamischer Religionsgemeinschaften (Bemerkung des Autors E. T.)] grössere Beachtung geschenkt werden (könne) (Art. 17 ff.)", eingereicht worden; der Stadtrat hat mit Beschluss vom 13. November 2001 (Nr. 1190) dieses Postulat – unter anderem bereits präliminierend zum vorher erwähnten Begehren, dass "(d)iese besondere Thematik und die sich in diesem Zusammenhang [vor allem im Hinblick auf die ,sehr strengen (!) Bestattungsvorschriften des Islam'] stellenden Rechtsfragen (...) sorgfältig zu prüfen (sein werden), wobei dies [wegen der ,zur Einrichtung besonderer (muslimischer) Grabfelder auf öffentlichen Friedhöfen (erforderlichen) Änderungen des kantonalen Rechts' beziehungsweise wohl allgemein zur normenhierarchischen Harmonisierung (Bemerkung des Autors E. T.)] in Zusammenarbeit mit dem Kanton erfolgen (müsse)" - mit abgeändertem Wortlaut für erheblich erklärt: "Der Stadtrat wird [nur, aber immerhin und gerade] beauftragt, Bericht zu erstatten, ob und wie das Reglement über das Bestattungs- und Friedhofwesen überarbeitet und ergänzt werden soll." (An dieser Stelle sei den Herren Karl Gschwend [Stadtkanzlei der Stadt St. Gallen] und Christoph Bücheler [Gartenbauamt der Stadt St. Gallen] für die Zustellung der soeben genannten Dokumente gedankt.) - Schliess-

evangelisch-reformierten Sepulkraltraditionen von mittlerweile (scheinbar) allgemeinkultureller Güte auf die staatliche Beerdigungsrechtsetzung und rechtsanwendung konterkariert die für die Gesamtheit der Organe zur Ausübung der gesetzgebenden, vollziehenden und richterlichen Staatsgewalt verbindlichen juristisch-theoretischen Maximen der Gleichbehandlung und staatlichen Neutralität in Religionsfragen.99 Will die für das Begräbniswesen zuständige bundesstaatliche Einheit jedoch bundesverfassungsstrukturprinzipiell konsequent rechtsstaatlich im formellen und materiellen Sinn sein, hat sie den Angehörigen der islamischen Gemeinschaft in Übereinstimmung mit Art. 7 BV als dem maximisch sachlich umfassend anwendbaren, materiellen Zentrum des Kerngehaltes der Bundesgrundrechte<sup>100</sup> in Anwendung von Art. 36 Abs. 4 BV als der formellen Schutzbasis dieser Kerngehalte uneingeschränkt eine dem hiesigen, sozialdiskursiv bestimmten Inhalt und Gehalt des Menschseins in dessen kollektiver und individueller Einzig- und Andersartigkeit entsprechende Bestattung zu wahren<sup>101</sup> und in Einklang mit Art. 8 und 15 BV unter Beachtung von Art. 36 BV einen für die Umsetzung auch ihrer auswärtigen Beerdigungsvorstellungen notwendigen Gestaltungsspielraum zu gewähren.

lich sei noch der Kanton *Neuenburg* erwähnt. Infolge kabinettsadministrativer Verschlossenheit kann hier nur, aber immerhin darauf hingewiesen werden, dass ein politisches Projekt zur bestattungsrechtlichen Öffnung für die Realisierung muslimischer Anliegen im Gange ist. (Vgl. auch ALDEEB, Les cimetières, S. 113; ALDEEB, Cimetière musulman, S. 80.)

Zur Problematik materiell und formell christlich geprägten Rechts in einer multikulturellen Gesellschaft s. NEUMANN, S. 381 ff.; WYSS, S. 173 ff.; BRITZ, S. 1127 ff.

BGE 127 I 6 ff., 14 (E. 5b): "Die Menschenwürde ist nach Art. 7 BV im staatlichen Handeln ganz allgemein zu achten und zu schützen. Die Bestimmung hat insofern die Bedeutung eines Leitsatzes für jegliche staatliche Tätigkeit, bildet als innerster Kern zugleich die Grundlage der Freiheitsrechte" (Hervorhebungen vom Autor E. T.). S. dazu auch Schefer, S. 16 ff.

Als integrierender Bestandteil der Menschenwürde (zu deren Inhalt s. BGE 127 I 6 ff., 14 i. f. [E. 5b]; SCHEFER, S. 94 ff.) steht das Recht auf ein schickliches Begräbnis unabhängig von der persönlichen finanziellen Leistungsfähigkeit allen Menschen zu; eine Rechtssituierung ausschliesslich im Bereich der öffentlichen Fürsorge – wie es KLEY, S. 328 f. vorschlägt – wäre demzufolge unhaltbar.

#### Literaturverzeichnis

ABEL, A., Art. Dâr al-ḥarb, in: Lewis, B./Pellat, CH./Schacht, J. (Hrsg.), Encyclopédie de l'Islam (Neue Ausgabe), Bd. II: C-G, Leiden/Paris 1965, S. 129 f., (zit.: Dâr al-ḥarb).

DERS., Art. Dâr al-islâm, in: Lewis, B./Pellat, CH./Schacht, J. (Hrsg.), Encyclopédie de l'Islam (Neue Ausgabe), Bd. II: C-G, Leiden/Paris 1965, S. 130 f. (zit.: Dâr al-islâm).

ABÛ DÂWÛD, Kitâb al-janâ'iz [deutsch: Buch der Bestattung], in: Sunan Abu Dawud, Bd. 2: Kap. 519–1337 (übersetzt vom Arabischen ins Englische und versehen mit erläuternden Anmerkungen von Hasan, Ahmad), Neu-Delhi 1990 (Reprint), S. 879 ff. (Kap. 1130 ff.).

AL ASHMAWI, FAWZIA, La condition des musulmans en Suisse, Genf 2001.

ALDEEB, SAMI A. ABU-SAHLIEH, Les cimetières. Normes et pratiques chez les musulmans et leur implication en suisse [!], (nicht mehr online im WWW) <a href="http://www.lpj.org/Nonviolence/Sami/cimetry.htm">http://www.lpj.org/Nonviolence/Sami/cimetry.htm</a> (Ausdruck vom 13. August 2001), (zit.: Les cimetières).

DERS., Cimetière musulman en occident. Normes juives, chrétiennes et musulmanes (mit einem Vorwort von Rossetti, Michel [ehemaliger Bürgermeister der Stadt Genf]), Paris 2002, (zit.: Cimetière musulman).

DERS., Les musulmans en occident entre droits et devoirs (mit einem Vorwort von Hennebelle, Guy [Direktor der Revue *Panoramiques*], Paris 2002, (zit.: Les musulmans).

AL-QUADI, ABD AR-RAHIM IBN AHMAD, Das Totenbuch des Islam. Die Lehren des Propheten Mohammed über das Leben nach dem Tode (= Herder Spektrum 4150), Freiburg i. Br. 1993.

AUER, ANDREAS/MALINVERNI, GIORGIO/HOTTELIER, MICHEL, Droit constitutionnel suisse, Bd. I: L'Etat, Bern 2000.

BOETIUS, ANICIUS MANLIUS TORQUATUS SEVERINUS, Liber de persona et duabus naturis, in: Patrologiae cursus completus, Series latina, Sp. 1338 ff.

BRITZ, GABRIELE, Der Einfluss christlicher Tradition auf die Rechtsauslegung als verfassungsrechtliches Gleichheitsproblem? Zu den praktischen Grenzen religiöser Neutralität im säkularen Staat, in: JZ 55 (2000), S. 1127 ff.

Bund der Islamischen Welt (Hrsg.), Bestattungsregeln im Islam (übersetzt von El Guindi, Mahmoud und revidiert durch Mansour, Mohamed), Kairo/Beirut o. J.

BURCKHARDT, WALTHER, Kommentar der schweizerischen Bundesverfassung vom 29. Mai 1874, 3. und vollständig durchgesehene Aufl., Bern 1931.

BURKHALTER, SARAH, La question du cimetière musulman en Suisse, Genf 1999.

COŞKUN, VOLKAN, Grundregeln der islamischen Bestattung. In deutscher Sprache mit Erläuterungen und Gebetstexten, 24. Aufl., o. O. 2001.

COTTIER, THOMAS/WÜGER, DANIEL/ZELLWEGER, VALENTIN, Der Staatsvertrag im schweizerischen Verfassungsrecht. Studie im Rahmen des Nationalen Forschungsprogrammes "Aussenpolitik" (Synthesebericht) (= NFP 42 Synthesis 25), Bern 2000.

Dalkusu, Ibrahim N., Grundlagen des zinslosen Wirtschaftens. Eigentum, Geld, *Riba* und Unternehmungsformen nach den Lehren des Islam (= St. Galler Studien zum internationalen Recht 27), St. Gallen/Lachen 1999 (= Diss. Universität St. Gallen 1999).

DESCHENAUX, HENRI/STEINAUER, PAUL-HENRI, Personnes physiques et tutelle, 4. Aufl., Bern 2001.

DICKE, DETLEV CH., Art. 53 BV, in: Aubert, Jean-François/Eichenberger, Kurt/Müller, Jörg Paul/Rhinow, René A./Schindler, Dietrich (Hrsg.), Kommentar zur Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874 (Loseblattsammlung), 6. Lfg., Basel/Zürich/Bern 1996.

DURAN, HAMIT, Änderung der Bestattungsverordnung im Kanton Zürich, in: Er-Rahma/Die Barmherzigkeit 13 (2002), Nr. 48, S. 6.

EL-BOKHÂRI, Les traditions islamiques (übersetzt vom Arabischen ins Französische und versehen mit Anmerkungen und einem Index durch Houdas, O./Marçais, W.), Bd. 1, Paris 1977.

ELDJAZAÏRI, ABOUBAKER D., La voie du musulman (minhaj elmoslim) (aus dem Arabischen ins Französische übersetzt von Chakroun, Moktar), Paris 1986.

FLEINER, THOMAS, Einleitung: Föderalismus und Totalrevision, in: Fleiner, Thomas/Forster, Peter/Misic, Alexander/Thalmann, Urs (Hrsg.), BV – CV 2000. Die neue schweizerische Bundesverfassung: Föderalismus, Grundrechte, Wirtschaftsrecht und Staatsstruktur/La nouvelle Constitution suisse: Fédéralisme, droits fondamentaux, droit économique et structure de l'Etat (= Publikationen des Instituts für Föderalismus Freiburg Schweiz [PIFF]. Etudes et colloques 26), Basel/Genf/München 2000, S. 1 ff.

FLEINER, THOMAS/MISIC, ALEXANDER, Föderalismus als Ordnungsprinzip der Verfassung, in: Thürer, Daniel/Aubert, Jean-François/Müller, Jörg Paul (Hrsg.) (unter Mitarbeit von Diggelmann, Oliver), Verfassungsrecht der Schweiz/Droit constitutionnel suisse, Zürich 2001, S. 429 ff. (§ 27).

FORSTMOSER, PETER/SCHLUEP, WALTER R., Einführung in die Rechtswissenschaft, Bd. 1: Einführung in das Recht, 2. und überarbeitete und aktualisierte Aufl., Bern 1998.

FORSTNER, MARTIN, Die wohlgeordnete Welt – das Verhältnis zwischen Muslimen und Nichtmuslimen nach neoislamischer Rechtslehre, in: Wiener Zeitschrift für die Kunde des Morgenlandes 1992, Bd. 82, S. 129 ff.

GARDET, L., Art. Allâh, in: Gibb, H. A. R./Kramers, J. H./Lévi-Provençal, E./Schacht, J./Lewis, B./Pellat, Ch. (Hrsg.), Encyclopédie de l'Islam (Neue Ausgabe), Bd. I: A-B, Leiden/Paris 1960, S. 418 ff.

GRÜTTER, IRENE, Arabische Bestattungsbräuche in frühislamischer Zeit (nach Ibn Sa'd und Buharî) (= Diss. Universität Erlangen o. J.), in: Der Islam 1954 Bd. 31 H. 2/3, S. 147 ff. (zit.: I); 1955 Bd. 32 H. 1, S. 79 ff. (zit.: II); 1957 Bd. 32 H. 3, S. 168 ff. (zit.: III).

GYGI, FRITZ, Bundesverwaltungsrechtspflege, 2. und überarbeitete Aufl., Bern 1983.

HAAB, ROBERT/SIMONIUS, AUGUST/SCHERRER, WERNER/ZOBL, DIETER, Das Sachenrecht, 1. Abteilung: Das Eigentum, Art. 641 bis 729, in: Bürgi, W. F., u. a. (Hrsg.), Zürcher Kommentar zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, Bd. IV, 2. Aufl., Zürich 1977.

HÄFELIN, ULRICH/HALLER, WALTER, Schweizerisches Bundesstaatsrecht. Ein Grundriss, 4. und neu bearbeitete Aufl., Zürich 1998, (zit.: Grundriss).

DIES., Schweizerisches Bundesstaatsrecht. Die neue Bundesverfassung, 5. und völlig neu bearbeitete Aufl., Zürich 2001, (zit.: Bundesverfassung).

HÄFELIN, ULRICH/MÜLLER, GEORG, Grundriss des Allgemeinen Verwaltungsrechts, 3. und neu bearbeitete Aufl., Zürich 1998.

HAGEMANN, LUDWIG, Art. Auferstehung, in: Khoury, Adel. Th./Hagemann, Ludwig/Heine, Peter, Islam-Lexikon. Geschichte – Ideen – Gestalten, Bd. 1: A–F (überarbeitete Neuausgabe) (= Herder Spektrum 4753), Freiburg i. Br. 1999, S. 93, (zit.: Auferstehung).

DERS., Art. Eschatologie, in: Khoury, Adel. Th./Hagemann, Ludwig/Heine, Peter, Islam-Lexikon. Geschichte – Ideen – Gestalten, Bd. 1: A–F (überarbeitete Neuausgabe) (= Herder Spektrum 4753), Freiburg i. Br. 1999, S. 212 ff., (zit.: Eschatologie).

DERS., Art. Hölle, in: Khoury, Adel. Th./Hagemann, Ludwig/Heine, Peter, Islam-Lexikon. Geschichte – Ideen – Gestalten, Bd. 2: G–N (überarbeitete Neuausgabe) (= Herder Spektrum 4753), Freiburg i. Br. 1999, S. 363 f., (zit.: Hölle).

HAGEMANN, LUDWIG, Art. Jüngstes Gericht, in: Khoury, Adel. Th./Hagemann, Ludwig/Heine, Peter, Islam-Lexikon. Geschichte – Ideen

- Gestalten, Bd. 2: G-N (überarbeitete Neuausgabe) (= Herder Spektrum 4753), Freiburg i. Br. 1999, S. 423 f., (zit.: Gericht).

DERS., Art. Paradies, in: Khoury, Adel. Th./Hagemann, Ludwig/Heine, Peter, Islam-Lexikon. Geschichte – Ideen – Gestalten, Bd. 3: O–Z (überarbeitete Neuausgabe) (= Herder Spektrum 4753), Freiburg i. Br. 1999, S. 610 f., (zit.: Paradies).

DERS., Art. Tod, in: Khoury, Adel. Th./Hagemann, Ludwig/Heine, Peter, Islam-Lexikon. Geschichte – Ideen – Gestalten, Bd. 3: O–Z (überarbeitete Neuausgabe) (= Herder Spektrum 4753), Freiburg i. Br. 1999, S. 717 f., (zit.: Tod).

Haus des Islam (Hrsg.), Das muslimische Begräbnis. Ein Leitfaden für deutschsprachige Muslime, Aachen 1982.

HEINE, PETER, Art. Fatwa, in: Khoury, Adel. Th./Hagemann, Ludwig/Heine, Peter, Islam-Lexikon. Geschichte – Ideen – Gestalten, Bd. 1: A–F (überarbeitete Neuausgabe) (= Herder Spektrum 4753), Freiburg i. Br. 1999, S. 246 ff.

HERZOG, NIKLAUS, Muslimische Grabfelder auf öffentlichen Friedhöfen?, in: Herzog, Niklaus/Weber, Franz Xaver von, Festschrift Professor Dr. Louis Carlen zum 70. Geburtstag (dargereicht von seinen Assistentinnen und Assistenten, Doktorandinnen und Doktoranden der Universität Freiburg), Freiburg/Schweiz 1999, S. 105 ff.

HUISMAN, A. J. W., Art Djinâza, in: Gibb, H. A. R./Kramers, J. H. (Hrsg.), Shorter Encyclopaedia of Islam, 4. Aufl., Leiden/New York/Köln 1995, S. 89 f.

ILLI, MARTIN, 150 Jahre Privatfriedhof Hohe Promenade Zürich: 1843–1993, Zürich 1993.

KÄLIN, OLIVER, Der Sachbegriff im schweizerischen ZGB (= Zürcher Studien zum Privatrecht 174), Zürich 2002 (= Diss. Universität Zürich 2002), (zit.: Kälin, O.).

KÄLIN, WALTER, Das Verfahren der staatsrechtlichen Beschwerde, 2. und vollständig überarbeitete und ergänzte Aufl., Bern 1994, (zit.: Verfahren).

DERS., Grundrechte im Kulturkonflikt. Freiheit und Gleichheit in der Einwanderungsgesellschaft, Zürich 2000, (zit.: Grundrechte).

KANT, IMMANUEL, Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, in: Weischedel, Wilhelm (Hrsg.), Immanuel Kant: Kritik der praktischen Vernunft, Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, Werkausgabe Bd. VII (= Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 56), Frankfurt a. M 1974, S. 11 ff.

KARLEN, PETER, Das Grundrecht der Religionsfreiheit in der Schweiz (= Zürcher Studien zum öffentlichen Recht 73), Zürich 1988 (= Diss. Universität Zürich 1988).

KHALLÂF, 'ABD AL-WAHHÂB, Les fondements du droit musulman. 'Ilm ousoûl al-fiqh (aus dem Arabischen ins Französische übersetzt von Dabbak, Claude/Godin, Asmaa/Labidi Maiza, Mehrezia), Paris 1997.

KHAMAISI, OMAR, Von Terra zu Territorium. Entwicklung des Bodenrechts und der Grundeigentumsverhältnisse in Palästina vom Osmanischen Reich bis zum Staate Israel (= Zürcher Studien zur Rechtsgeschichte 43), Zürich 2001 (= Diss. Universität Zürich 2001).

KHOURY, ADEL TH., Der Umgang mit Sterbenden und Toten im Islam, in: Richter, Clemens (Hrsg.), Der Umgang mit den Toten. Tod und Bestattung in der christlichen Gemeinde (= Quaestiones disputatae 123), Freiburg i. Br./Basel/Wien 1990, S. 183 ff., (zit.: Umgang [1990]).

DERS., Der Islam. Sein Glaube, seine Lebensordnung, sein Anspruch (= Herder Spektrum 4167), 5. Aufl., Freiburg i. Br. 1998, (zit.: Islam).

DERS., Art. Heiliger Krieg, in: Khoury, Adel. Th./Hagemann, Ludwig/Heine, Peter, Islam-Lexikon. Geschichte – Ideen – Gestalten, Bd. 2: G–N (überarbeitete Neuausgabe) (= Herder Spektrum 4753), Freiburg i. Br. 1999, S. 349 ff., (zit.: Krieg).

DERS., Das islamische Rechtssystem. Grundlagen und Rechtsschulen, in: Khoury, Adel Th./Heine, Peter/Oebbecke, Janbernd, Handbuch Recht und Kultur des Islams in der deutschen Gesellschaft. Probleme im Alltag – Hintergründe – Antworten, Gütersloh 2000 (= Habil. Universität Erlangen 1997), S. 37 ff., (zit.: Rechtssystem).

DERS., Der Umgang mit Sterbenden und Toten, in: Khoury, Adel Th./Heine, Peter/Oebbecke, Janbernd, Handbuch Recht und Kultur des Islams in der deutschen Gesellschaft. Probleme im Alltag – Hintergründe – Antworten, Gütersloh 2000 (= Habil. Universität Erlangen 1997), S. 114 ff., (zit.: Umgang [2000]).

KING, D. A., Art. Kibla, in: Bosworth, C. E./van Donzel, E./Lewis, B./Pellat, Ch. (Hrsg.), Encyclopédie de l'Islam (Neue Ausgabe), Bd. V: KHE-MAHI, Leiden/Paris 1986, S. 84 ff.

KLEY, ANDREAS, Der Grundrechtskatalog der nachgeführten Bundesverfassung – ausgewählte Neuerungen, in: ZBJV 135 (1999), S. 301 ff.

KNAPP, BLAISE, La répartition des compétences et la coopération de la Confédération et des cantons, in: Thürer, Daniel/Aubert, Jean-François/Müller, Jörg Paul (Hrsg.) (unter Mitarbeit von Diggelmann, Oliver), Verfassungsrecht der Schweiz/Droit constitutionnel suisse, Zürich 2001, S. 457 ff. (§ 29).

KNELLWOLF, ESTHER, Postmortaler Persönlichkeitsschutz – Andenkensschutz der Hinterbliebenen, Zürich 1991 (= Diss. Universität Zürich 1990).

KOKKELINK, GESA, Islamische Bestattung auf kommunalen Friedhöfen, in: Höpp, Gerhard/Jonker, Gerdien (Hrsg.), In fremder Erde. Zur Geschichte und Gegenwart der islamischen Bestattung in Deutschland (= Zentrum Moderner Orient, Geisteswissenschaftliche Zentren Berlin e. V., Arbeitshefte 11), Berlin 1996, S. 63 ff.

KÖLZ, ALFRED/HÄNER, ISABELLE (unter Mitarbeit von Bertschi, Martin), Verwaltungsverfahren und Verwaltungsrechtspflege des Bundes, 2. Aufl., Zürich 1998.

LANE-POOLE, STANLEY, Art. Death and Disposal of the Dead (Muhammadan), in: Hastings, James (Hrsg.), Encyclopaedia of Religion an Ethics, Bd. IV: Confirmation –Drama, Edinburgh 1911, S. 500 ff.

LEMMEN, THOMAS, Islamische Bestattungen in Deutschland. Eine Handreichung, 2. Aufl., Altenberge 1999.

MACDONALD, D. B./ABEL, A., Art. Dâr al-sulh, in: Lewis, B./Pellat, CH./Schacht, J. (Hrsg.), Encyclopédie de l'Islam (Neue Ausgabe), Bd. II: C-G, Leiden/Paris 1965, S. 134 f.

MAECHLER, ALBERT, Das Begräbnisswesen [!] nach Schweizerischem Bundesrecht, o. O. und o. J. (= Diss. Universität Bern 1892).

MASTRONARDI, PHILIPPE, Menschenwürde als materielle "Grundnorm" des Rechtsstaates?, in: Thürer, Daniel/Aubert, Jean-François/Müller, Jörg Paul (Hrsg.) (unter Mitarbeit von Diggelmann, Oliver), Verfassungsrecht der Schweiz/Droit constitutionnel suisse, Zürich 2001, S. 233 ff. (§ 14).

MEIER-HAYOZ, ARTHUR, Schweizerisches Zivilgesetzbuch. Das Sachenrecht, 1. Abteilung: Das Eigentum, 1. Teilbd.: Systematischer Teil und Allgemeine Bestimmungen, Art. 641–654 ZGB, in: Meier-Hayoz (Hrsg.), Berner Kommentar zum schweizerischen Zivilrecht, Bd. IV, 5. Aufl., Bern 1981.

MICHEL, NICOLAS, L'imprégnation du droit étatique par l'ordre juridique international, in: Thürer, Daniel/Aubert, Jean-François/Müller, Jörg Paul (Hrsg.) (unter Mitarbeit von Diggelmann, Oliver), Verfassungsrecht der Schweiz/Droit constitutionnel suisse, Zürich 2001, S. 63 ff. (§ 4).

MÜLLER, JÖRG PAUL, Grundrechte in der Schweiz. Im Rahmen der Bundesverfassung von 1999, der UNO-Pakte und der EMRK, 3. Aufl., Bern 1999, (zit.: Grundrechte).

DERS., Die Diskriminierungsverbote nach Art. 8 Abs. 2 der neuen Bundesverfassung, in: Zimmerli, Ulrich (Hrsg.), Die neue Bundesverfassung. Konsequenzen für Praxis und Wissenschaft (Berner Tage für die juristische Praxis/BTJP 1999: Tagung vom 21./22. Oktober 1999 an der Universität Bern), Bern 2000, S. 103 ff., (zit.: Diskriminierungsverbote).

DERS., Allgemeine Bemerkungen zu den Grundrechten, in: Thürer, Daniel/Aubert, Jean-François/Müller, Jörg Paul (Hrsg.) (unter Mitarbeit von Diggelmann, Oliver), Verfassungsrecht der Schweiz/Droit constitutionnel suisse, Zürich 2001, S. 621 ff. (§ 39), (zit.: Bemerkungen).

MÜLLER, JÖRG PAUL/WILDHABER, LUZIUS (unter Mitarbeit von Kolb, Robert/Binder, Andrea und mit einer Einführung in das Wirtschaftsvölkerrecht von Cottier, Thomas/Wagner, Manfred), Die Praxis des Völkerrechts, 3. Aufl., Bern 2001.

NADER, ALBERT, Die vier Hauptrichtungen im mohammedanischen Begräbnisritus, in: Concilium 4 (1968), S. 136 ff.

NEUMANN, JOHANNES, Rechts- oder Glaubensstaat?, in: ZRP 28 (1995), S. 381 ff.

ORY, S., Art. Makbara. I: Dans les pays centraux du monde arabe, in: Bosworth, C. E./van Donzel, E./Heinrichs, W. P./Lewis, B./Pellat, Ch. (Hrsg.), L'encyclopédie de l'Islam, Bd. VI: MAHK-MID, Leiden/Paris 1991, S. 120 f.

OTT, WALTER/GRIEDER, THOMAS, Plädoyer für den postmortalen Persönlichkeitsschutz, in: AJP 10 (2001), S. 627 ff.

PABST, HEINZ-JOACHIM, Der postmortale Persönlichkeitsschutz in der neueren Rechtsprechung des [deutschen] BVerfG [Bundesverfassungsgerichts], in: NJW 55 (2002), S. 999 ff.

PAHUD DE MORTANGES, RENÉ, Die kirchlichen Stiftungen nach Art. 87 ZGB, in: Senn, Marcel/Soliva, Claudio (Hrsg.), Rechtsgeschichte & Interdisziplinarität (Festschrift für Clausdieter Schott zum 65. Geburtstag), Bern 2001, S. 327 ff.

RAMADAN, SAÏD, Das islamische Recht. Theorie und Praxis (hrsg. v. der Muslim Studenten Vereinigung in Deutschland e. V. in Zusammenarbeit mit dem Islamischen Konzil in Deutschland e. V., übersetzt vom Englischen ins Deutsche von Heeren, Fatima und bearbeitet von El-Zayat, Amena), 2. Aufl., Wiesbaden 1996, (zit.: Recht).

DERS., La sharî'a. Le droit islamique, son envergure et son équité (aus dem Englischen ins Französische übersetzt von Dabbak, Claude), Paris 1997, (zit.: Sharî'a [1997]).

DERS., La sharî'a. Introduction au Droit islamique: Al-ijtihâd et ses caractéristiques (hrsg. v. Centre Islamique de Genève), 2. und durchgesehene und korrigierte Aufl., Lyon 2001, (zit.: Sharî'a [2001]).

RAMADAN, TARIQ, Être musulman européen. Étude des sources islamiques à la lumière du contexte européen (aus dem Englischen ins Französiche übersetzt von Dabbak, Claude), Lyon 1999.

RASELLI, NICCOLÒ, Schickliche Beerdigung für "Andersgläubige", in: AJP 5 (1996), S. 1103 ff.

REHBERG, JÖRG, Strafrecht IV. Delikte gegen die Allgemeinheit, 2. und teilweise neubearbeitete Aufl., Zürich 1996.

REMUND, PETER, Die rechtliche Organisation des Bestattungswesens im Aargau (= Veröffentlichungen zum Aargauischen Recht 5), Aarau 1948 (= Diss. Universität Freiburg/Schweiz o. J.).

REY, HEINZ, Grundriss des schweizerischen Sachenrechts, Bd. 1: Die Grundlagen des Sachenrechts und das Eigentum, 2. und überarbeitete Aufl., Bern 2000.

RHINOW, RENÉ, Die Bundesverfassung 2000. Eine Einführung (unter Mitarbeit von Thönen, Urs/Lüthi, Ruth/Renggli, Raimund), Basel/Genf/München 2000.

SCHEFER, MARKUS, Die Kerngehalte von Grundrechten. Geltung, Dogmatik, inhaltliche Ausgestaltung, Bern 2001 (= Habil. Universität Bern 2001).

SCHMID, JÖRG (unter Mitarbeit von Hürlimann, Bettina), Sachenrecht, Zürich 1997, (zit.: Sachenrecht).

DERS., Einleitungsartikel des ZGB und Personenrecht, Zürich 2001, (zit.: Personenrecht).

SCHUBARTH, MARTIN, Art. 137–162 StGB, in: Schubarth, Martin/Albrecht, Peter, Kommentar zum schweizerischen Strafrecht. Schweizerisches Strafgesetzbuch: Besonderer Teil, 2. Bd.: Delikte gegen das Vermögen (Art. 137–172), Bern 1990.

SCHWEIZER, RAINER J., Homogenität und Vielfalt im schweizerischen Staatsrecht, in: Thürer, Daniel/Aubert, Jean-François/Müller, Jörg Paul (Hrsg.) (unter Mitarbeit von Diggelmann, Oliver), Verfassungsrecht der Schweiz/Droit constitutionnel suisse, Zürich 2001, S. 161 ff. (§ 10), (zit.: Homogenität).

DERS., Verfassungsrechtlicher Persönlichkeitsschutz, in: Thürer, Daniel/Aubert, Jean-François/Müller, Jörg Paul (Hrsg.) (unter Mitarbeit von Diggelmann, Oliver), Verfassungsrecht der Schweiz/Droit constitutionnel suisse, Zürich 2001, S. 691 ff. (§ 43), (zit.: Persönlichkeitsschutz).

SEILER, HANSJÖRG, Einführung in das Recht, Zürich 2000.

ŞEN, FARUK/AYDIN, HAYRETTIN, Islam in Deutschland (= Beck'sche Reihe 1466), München 2002.

SPÖNDLIN, WILHELM, Rechtsverhältnisse an Friedhöfen unter besonderer Berücksichtigung des zürcherischen Rechtes, Zürich 1910 (= Diss. Universität Zürich 1910).

STEINAUER, PAUL-HENRI, Les droits réels, Bd. 1: Introduction à l'étude des droits réels – possession et registre foncier – dispositions générales sur la propriété – propriété par étages, 3. Aufl., Bern 1997.

STRATENWERTH, GÜNTHER, Schweizerisches Strafrecht. Besonderer Teil II: Straftaten gegen Gemeininteressen, 5. und überarbeitete und ergänzte Aufl., Bern 2000, S. 187 ff.

TRECHSEL, STEFAN, (unter Mitarbeit von Egeter, Istok) Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937. Kurzkommentar, 2. und neubearbeitete Aufl., Zürich 1997.

TRITTON, A. S., Art. Dianâza, in: Lewis, B./Pellat, Ch./Schacht, J. (Hrsg.), Encyclopédie de l'Islam (Neue Ausgabe), Bd. II: C-G, Leiden/Paris 1965, S. 453 f.

TSCHANNEN, PIERRE, Die Auslegung der neuen Bundesverfassung, in: Zimmerli, Ulrich (Hrsg.), Die neue Bundesverfassung. Konsequenzen für Praxis und Wissenschaft (Berner Tage für die juristische Praxis/BTJP 1999: Tagung vom 21./22. Oktober 1999 an der Universität Bern), Bern 2000, S. 223 ff., (zit.: Auslegung).

Ders., Verfassungsauslegung, in: Thürer, Daniel/Aubert, Jean-François/Müller, Jörg Paul (Hrsg.) (unter Mitarbeit von Diggelmann, Oliver), Verfassungsrecht der Schweiz/Droit constitutionnel suisse, Zürich 2001, S. 149 ff. (§ 9), (zit.: Verfassungsauslegung).

TSCHANNEN, PIERRE/ZIMMERLI, ULRICH/KIENER, REGINA, Allgemeines Verwaltungsrecht, Bern 2000.

WEBER-DÜRLER, BEATRICE, Rechtsgleichheit, in: Thürer, Daniel/Aubert, Jean-François/Müller, Jörg Paul (Hrsg.) (unter Mitarbeit von Diggelmann, Oliver), Verfassungsrecht der Schweiz/Droit constitutionnel suisse, Zürich 2001, S. 657 ff. (§ 41).

WENSINCK, J. A., Art. Munkar wa-Nakîr, in: Bosworth, C. E./van Donzel, E./Heinrichs, W. P./Pellat, Ch. (Hrsg.), Encyclopédie de l'Islam (Neue Ausgabe), Bd. VII: MIF-NAZ, Leiden/New York/Paris 1993, S. 577 f.

WENSINCK, A. J./JOMIER, J., Art. Ka'ba, in: van Donzel, E./Lewis, B./Pellat, CH. (Hrsg.), Encyclopédie de l'Islam (Neue Ausgabe), Bd. IV: IRAN-KHA, Leiden/Paris 1978, S. 331 ff.

WENSINCK, A. J./TRITTON, A. S., Art. 'adhâb al-kabr, in: Gibb, H. A. R./Kramers, J. H./Lévi-Provençal, E./Schacht, J./Lewis, B./Pellat, Ch. (Hrsg.), Encyclopédie de l'Islam (Neue Ausgabe), Bd. I: A-B, Leiden/Paris 1960, S. 192 f.

WYSS, MARTIN PHILIPP, Vom Umgang mit dem Transzendenten. Überlegungen und Anmerkungen zur Religionsfreiheit im Spiegel der neueren bundesgerichtlichen Judikatur, in: recht 16 (1998), S. 173 ff.

ZIMMERLI ULRICH, Bund – Kanton – Gemeinden, in: Zimmerli, Ulrich (Hrsg.), Die neue Bundesverfassung. Konsequenzen für Praxis und Wissenschaft (Berner Tage für die juristische Praxis/BTJP 1999: Tagung vom 21./22. Oktober 1999 an der Universität Bern), Bern 2000, S. 35 ff.